

PERMANENTE ÜBERWACHUNG

WIRD DIE EU SOZIALER? • STEUER-
REFORM IN ZEITEN DER KRISE • ÖGB-
DEBATTE: „ETHISCHE FINANZIERUNG“

UG nun auch im ÖGB-Niederösterreich anerkannt

Eine erfreuliche Nachricht zu Jahresbeginn: die „Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB“, seit 1997 im ÖGB anerkannte Fraktion, sind nun auch im ÖGB-Niederösterreich als Fraktion anerkannt worden.



Die Anerkennungskriterien wurden seitens der Unabhängigen GewerkschafterInnen nun auch in einem – für alternative Gewerkschaftsarbeit bekannterweise schwierigen Bundesland – mehr als ausreichend erfüllt, dem Antrag auf Anerkennung als Fraktion im ÖGB-Niederösterreich stattgegeben. Damit steht erstmals den Unabhängigen GewerkschafterInnen Sitz und Stimme im Landesvorstand der ÖGB-Niederösterreich zu.

Vertreten wird die UG im Landesvorstand des ÖGB-Niederösterreich künftig Gernot Kögler, Betriebsrat bei der Lebenshilfe Niederösterreich und aus dem Organisationsbereich der AUGE/UG (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen, UG in der Gewerkschaft der Privatangestellten). Als Stellvertreter wurde von den BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen der UG in Niederösterreich Samir Kesetovic nominiert, Betriebsrat im Landeskrankenhaus St. Pölten, Arbeiterkammerat der AUGE/UG in der AK-Niederösterreich, aus dem Organisationsbereich der UG in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst.

Wir wünschen unseren KollegInnen in Niederösterreich alles Gute und viel Kraft – und den Unabhängigen GewerkschafterInnen und ihren Säulen in Niederösterreich ein kräftiges Wachstum unter neuen gewerkschaftlichen Bedingungen.



Macht Essen

Bäuerinnen produzieren und verarbeiten den allergrößten Teil der Lebensmittel dieser Erde. Sie sind seit Tausenden von Jahren für die Ernährung ihrer Familien und der Gesellschaft verantwortlich.

In den vergangenen hundert Jahren jedoch wurde die Verfügungsgewalt über die Ernährung der Familien und der Gesellschaft den Frauen und Bäuerinnen in aller Welt aus den Händen genommen. Im Zuge der Industrialisierung der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft wurden die Versorgungsarbeiten entfremdet. Der „Markt“ bestimmt, wer was wann und wie produziert, verarbeitet und isst. Nicht eine gerechte Verteilung der Aufgaben in der Versorgung der Gesellschaft auf beide Geschlechter war das Ziel dieser Entfremdung, sondern ein Machtgewinn auf Seiten der Mächtigen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union als das äußere Zeichen dieser Abwertung und Entfrem-

dung hat immense Auswirkungen auf Bäuerinnen im globalen Norden und Süden. Kleine, ökologisch und sozial nachhaltig wirtschaftende Bauernhöfe werden in der Europäischen Union als Strukturproblem aufgefasst, das es zum Wohle des freien Warenverkehr zu beseitigen gilt. Bäuerinnen im Süden wird ebenfalls ihre Existenzberechtigung abgesprochen, da sie mit den Preisen einer subventionierten Überschussverwertung des Nordens nicht mithalten können.

Wir sind jedoch der Meinung, dass es in Zukunft viele Bäuerinnen braucht, um die Bevölkerungen mit gesunden und ressourcenschonend produzierten Lebensmitteln zu versorgen. Wir wissen, dass wir Bäuerinnen im Norden uns mit den Bäuerinnen im Süden solidarisieren müssen, wenn wir unser gemeinsames Überleben sichern wollen. Wir unterstützen das Konzept der Ernährungssouveränität, das allen Völkern das Recht zugesteht, sich mit gesunden und kulturell angepassten Lebensmitteln zu versorgen und die dazu nötige Agrar- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen. Wir treffen uns im Feber 2008 in Salzburg^{*)}, um gemeinsam Umsetzungsmöglichkeiten für die Ernährungssouveränität zu entwickeln und diese auch von der Politik und von uns selbst einzufordern. Wir laden alle Bäuerinnen und am Thema Ernährung interessierten Frauen zu diesem Treffen ein.

Frauenarbeitskreis der Österreichischen Bergbauern- und Bergbäuerinnen-Vereinigung – Via Campesina Austria

^{*)} Internationales Frauenseminar zu Ernährungssouveränität vom 22.–24. Feber 2008. www.viacampesina.at

OFFENLEGUNG GEMÄSS § 25, MEDIENGESETZ

Medieninhaber der „Alternative“ ist der Verein „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen – UG“. Mitglieder des Bundesarbeitsausschusses sind: Klaudia Paiha, Ilse Löwe-Vogl, Willi Pöll, Anton Hedenig, Peter Grusch, Juliane Hartig, Samir Kesetovic, Robert Müllner, Haydar Aydemir, Helmut Deutinger.

Herausgegeben wird die „Alternative“ von den „Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB“ (UG). Die Unabhängigen GewerkschafterInnen – ein Zusammenschluß überparteilicher und unabhängiger Listen im ÖGB – sind eine Gewerkschaftsfraktion, die für die Demokratisierung der Arbeitswelt und der Gewerkschaften eintritt. Die Linie der „Alternative“ wird von diesen Intentionen bestimmt. Geschäftsführende Vorsitzende der UG ist Lisa Langbein, Finanzreferent Peter Grusch.

DIE ALTERNATIVE

IM JÄNNER/FEBER

AKTUELL

Permanentüberwachung „Vorratsdatenspeicherung“ . . . Seite 4

MAGAZIN

Steuerreform in Zeiten der Krise Seite 6
ÖGB: Ethische Veranlagung Seite 10
Fremden(un)recht: Normalisierung. Seite 12

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Reformvertrag: Wird die EU sozialer?. Seite 14
Tabus im Krankenhaus: „Reden wir darüber ...“ Seite 18
UGöD: Gewalt an Schulen Seite 20
KV-Abschlüsse 2008: Gerechter Lohn?. Seite 22

BUCH

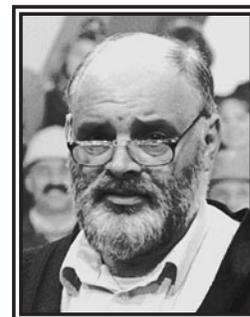
Wem gehört der Wohlstand?. Seite 25

INTERNATIONAL

Streik in Ungarn Seite 29
USA: Praktikum bei der Gewerkschaft SEIU Seite 30
Kolumbien: Frauenorganisation sucht Unterstützung Seite 32

SPEZIAL MUCH

. Seite 16



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

BIG BROTHER...

Ist euer Internet auch seit Jahresbeginn zu manchen Zeiten deutlich langsamer geworden, liebe Alternative-LeserInnen? Einige meiner EDV-Freunde sind felsenfest davon überzeugt, dass die neu eingeführten Internet-Überwachungs- und Aufzeichnungsmöglichkeiten schuld daran sind.

Wie auch immer – wir haben uns dem Thema aus dem Blickwinkel des Datenschutzes angenommen. „Unter dem Schlagwort Vorratsdatenspeicherung sollen in Zukunft alle per Telefon, SMS oder E-Mail zustande gekommenen Kommunikationsverbindungen mindestens ein Jahr (auf Vorrat) gespeichert werden“, erläutert dazu die Arge Daten. Unter dem Aufhänger „Terrorismusbekämpfung“ oder „Kampf gegen organisierte Kriminalität“ könnte damit flächendeckend das Kommunikationsverhalten aller BürgerInnen offengelegt und ausgeforscht werden. Das sei mit Grundwerten einer offenen Gesellschaft unvereinbar.

Mit den Grundwerten unserer Gesellschaft unvereinbar sollte eigentlich auch die wachsende Verteilungsungerechtigkeit sein. Ist es aber offensichtlich nicht. „Wem gehört der Wohlstand“ – das Buch zum Thema von Markus Marterbauer haben wir bereits angekündigt. Diesmal bringen wir sozusagen ein ganzes Probekapitel – zum Einlesen in die schwierige Materie.

Zum Thema passen auch die Texte über die Problematik einer Steuerreform und über die Kollektivvertrags-Abschlüsse des Jahres 2008...

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB)
Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775
Die „Alternative“ ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften; Kontakt: <http://vaz.mediaweb.at>. **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Die Vorratsdatenspeicherung ist eine sicherheitspolitische Sackgasse.
Meint die *Arge Daten*.

PERMANENT- ÜBERWACHUNG

Unter dem Schlagwort „Vorratsdatenspeicherung“ sollen in Zukunft alle per Telefon, SMS oder E-Mail zustande gekommenen Kommunikationsverbindungen mindestens ein Jahr (auf Vorrat) gespeichert werden. Es soll damit möglich sein auch nachträglich die Kontakte einer Person oder eines Unternehmens zu analysieren und offen zu legen. Im Falle diffuser Bedrohungsbilder, wie Terrorismus oder „organisierte Kriminalität“ könnte damit flächendeckend das Kommunikationsverhalten aller Bürger offengelegt und ausgeforscht werden. Das ist mit Grundwerten einer offenen Gesellschaft unvereinbar. Art. 10a des Staatsgrundgesetzes garantiert das Recht auf unbeobachtete elektronische Kommunikation (Kommunikationsgeheimnis), das auch das Recht umfasst, unbeobachtet seinen Kommunikationspartner auswählen zu dürfen.

Eine offene, demokratische Gesellschaft lebt davon, dass Menschen unbeobachtet, unkommentiert und unzensuriert Ideen und Meinungen austauschen. Innovationen, neue Geschäftsideen aber auch kreative Lösungen entstehen oft erst durch Diskussion unausgegorener, oft missverständlicher Ideen. Das Wissen der permanenten Beobachtung, die Gefahr ein bestimmtes Kommunikationsverhalten rechtfertigen zu müssen, schränkt die Bereitschaft zur offenen Kommunikation ein.

Wesentlicher Teil der Kommunikation ist auch die freie Wahl seiner Gesprächspartner, sei es am Telefon oder Internet. Aus gutem Grund verbietet daher das Telekommunikationsgesetz die Speicherung von Verbindungs-

informationen, also wer mit wem wie lange telefoniert hat. Nur bis Abschluss der Abrechnung dürfen Telefonanbieter diese Daten aufbewahren, dürfen sie aber nicht zu anderen Zwecken auswerten oder analysieren.

Die Österreicher werden von Politikern wie Schüssel oder Gorbach bewusst belogen und in die Irre geführt, wenn behauptet wird, dass schon heute „Verbindungsdaten sechs Monate aufbewahrt werden“ (O-Ton Dr. Schüssel) oder dass das Speichern der Verbindungsdaten bloß ein geringfügiger, quasi zu vernachlässigender Grundrechtseingriff ist (Bundesminister Gorbach).

Kontakte, insbesondere in der Wirtschaft sind heute die Triebfeder des Erfolgs. Zu wissen, wer welche Kunden hat, wer wem ein Angebot stellt und wer eventuell bei einem Mitbewerber Alternativofferte einholt, kann den Wettbewerb entscheidend beeinflussen. Aus der Frequenz, wie oft jemand welche Telefonnummer anruft, lässt sich leicht auf den Status des Betroffenen zurückschließen, Kunden werden den Kundendienst, Interessenten den Verkauf usw. anrufen. Diese Angaben reichen, um sich ein Bild über das wirtschaftliche Netzwerk eines Unternehmens zu machen.

Plant der Inhaber den Unternehmensverkauf oder eine groß angelegte Kooperation wird dies aus den Telefonkontakten genauso erkennbar sein, wie Verlust oder Zustrom von Kunden. Auch das Redaktions-, Anwalts- und Ärztegeheimnis gehen verloren. Kritische Bürger oder Beamte könnten nicht mehr unbeobachtet Redaktionen anrufen, Rechtsanwaltskanzleien müs-

sen damit rechnen, dass Klientenlisten angelegt werden, Patienten müssen bei Anrufen rechnen, dass die Information, welchen Facharzt sie wie oft konsultiert haben, in falsche Hände gerät.

Vielfach wird behauptet, dass ja nur die Daten aufgehoben, nicht jedoch ausgewertet würden. Tatsache ist, dass ein nichtverwerteter Datenfriedhof keinen Sicherheitsgewinn bringen würde. Es müssten daher umfangreiche und teure Auswertungseinrichtungen angeschafft werden.

Schon in der Vergangenheit zeigte sich regelmäßig, dass einmal aufgebaute Datenbestände auch für andere Zwecke genutzt werden. Wenn es keinen Terroranschlag gibt, könnte man doch damit sehr gut nach „organisiertem Verbrechen“, Geldwäsche, Menschen- und Drogenhandel, Asylmissbrauch, Sozialhilfemissbrauch, Steuerhinterziehung oder Verkehrsübertretungen forschen. Je geringfügiger das Delikt, desto höher auch die Erfolgchancen, da niemand bei Schnellfahren (zu rascher Funkzellenwechsel) Sicherheitsmaßnahmen gegen Überwachung trifft. Bei diesen Auswertungen ist jedenfalls auch mit Zufallsfunden zu rechnen („Das ist ja interessant, dass der Beamte XY 5mal die ABC-Nachrichtenredaktion angerufen hat“), die dann zu weiterer Überwachung motivieren. Fest steht, schon um bei gezielten Überwachungen einen positiven Treffer (Täter) zu landen, müssen Daten von mehreren tausend unschuldigen Personen ausgewertet werden, bei der geplanten ziellosen Überwachung wird das Kommunikationsverhalten hunderttausender Personen offenge-



Erfolgreiche Konzepte werden weiter geschrieben

Kameras in einem Wohnviertel
nahe dem Trafalgar Square

legt. In Österreich bestehen rund 12 bis 14 Millionen Telefonanschlüsse, die etwa 20 bis 40 Milliarden Telefonanrufen pro Jahr entsprechen, rund 40 Milliarden E-Mails werden jährlich verschickt bzw. empfangen. Zieht man die derzeit gültige Überwachungskostenverordnung (BGBl II 322/2004) heran, käme man bei flächendeckender Auswertung („Gefahrenanalyse, -abwehr und -erforschung“) rasch zu Beträgen von mehreren hundert Millionen bis einigen Milliarden Euro. Stehen doch den Telekomunternehmen Kostenersätze von 64 Euro/Telefonnummer (Einrichtung) und 6,50 Euro pro Tag und Nummer zu.

Wie hoch die Kosten tatsächlich wären kann nicht endgültig festgestellt werden, da derzeit kein Kostenersatz für die E-Maildatenaufzeichnung (Absender und Empfänger eines E-Mails) festgelegt wurde. Derartige Aufzeichnungen passieren derzeit überhaupt nicht und müssten von den Internet Providern erst neu eingerichtet werden. Nimmt man nur einen Kostenersatz von einem Cent pro Datensatz an, wären das immerhin 2 bis 400 Millionen Euro pro Jahr.

Viel geringer werden die Kosten nicht sein können, da ja besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden müssten, die ein irrtümliches Löschen oder Überschreiben der Aufzeichnungen verhindern. Bisher führte der Verlust von Verbindungsdaten bloß dazu, dass bestimmte Telefonleistungen nicht abgerechnet werden konnten und die Telekomfirmen mussten daher die Datensicherheit nur so hoch ansetzen, wie das wirtschaftliche Ausfallsrisiko betrug. Es wäre unsinnig gewesen, mehr Sicherheitsmaßnahmen zu setzen, als durch den Erlös bei der Abrechnung der Verbindungsdaten zu erwarten gewesen wäre. Eine verpflichtende Vorratsdatenspeicherung würde

jedoch lückenlose Aufzeichnung und damit wesentlich teurere Sicherheitsmaßnahmen bedingen.

Fest steht, dass diese viele hundert Millionen Euro teure Überwachung von BürgerInnen zu bezahlen sein wird. Ob als Steuerzahler in Form von Rückvergütungen an die Telefongesellschaften oder durch höhere Telefongebühren, ist offen. Vermutlich wird es zweiteres sein, lassen sich doch auf diesem Weg die Kosten leichter verschleiern. Kommt diese Form der Überwachung, sollten jedoch Internetprovider und Telekomunternehmen den Überwachungskostenanteil auf ihren Rechnungen transparent machen.

Im Gegenzug können Personen und Gruppen, die tatsächlich zum engeren Kern organisierter Kriminalität oder terroristischer Vereinigungen zählen, die Überwachungsmaßnahmen leicht unterlaufen. Sei es durch Nutzung anonymen Wertkartenhandys. Im Internet wird Verschlüsselung benutzt werden oder es wird schlicht mit kodierten Nachrichten gearbeitet. Schon ein E-Mailaccount auf einem Server außerhalb von USA und der Europäischen Union verhindert, dass die E-Mailkommunikation überwacht wird.

Vielen Internetbenutzern ist weiters nicht bewusst, dass schon heute ein beträchtlicher Teil des E-Mailverkehrs nicht über Provider-E-Mailserver läuft, zwischen den Servern verschlüsselt wird und daher gar nicht aufgezeichnet werden kann. Aufgedeckt werden können Kleinkriminalität oder Taten, bei denen das Unrechtsbewußtsein fehlt (Steuer- und Verkehrsdelikte).

Bürger die nichts zu verbergen haben, daher ihre Telefon- und Internet-einrichtungen korrekt angemeldet haben, stehen dann im Visier der Überwacher. Die Netzwerke der Querdenker und Regierungskritiker, der Opposition könnten dann aufgedeckt werden.

Dass die bisherige Terrorbekämpfung versagte, ist evident. Es sollte nicht übersehen werden, dass Großbritannien schon bisher ein Vorreiter in der Überwachung der Bevölkerung war. Es besitzt das engste Videoüberwachungsnetzwerk und wendet schon jetzt die Vorratsdatenspeicherung bei Telefondaten an. Die jetzt erlebten Anschläge entstanden nicht in den lückenlos überwachten Innenbezirken Londons, sondern in den Köpfen der Bewohner vernachlässigter Stadtteile. Dieser Terrorismus stellt nicht, wie es sich manche „Experten“ wünschen, eine Nachahmung militärischer Befehlsstrukturen mit einer überschaubaren Gruppe von Mitgliedern dar, wo es eben darauf ankäme der ersten, zweiten oder dritten Führungsebene habhaft zu werden, sondern er ist eine diffuse, gesellschaftspolitische Strömung, bei der jede tatsächliche oder bloß subjektiv erlebte Ungerechtigkeit neue Täter rekrutiert.

Der vorliegende rucksackbewehrte Low-Tech-Terror kann von jedem, der dazu motiviert ist ausgeführt werden. Diese Entwicklung wurde in der EU bisher ignoriert. Statt dieses Versagen einzugestehen und einen Neuanfang in der Bewertung der gesellschaftlichen Bedrohungen zu starten, werden erfolglose Konzepte weiter geschrieben. Ein mehr an Überwachung hatte bisher keine Auswirkungen auf Wahrscheinlichkeit, Intensität oder Stärke von Terrorangriffen.

Jeder Wissenschaftler, der feststellen muss, dass eine Ausgangshypothese falsch ist, wird einen neuen Ansatz suchen, oder er handelt irrational und unehrenhaft. Es ist Wesen einer offenen Gesellschaft, so der von sonntagsredenden Politikern gern zitierte Karl Popper, dass bei Scheitern einer Hypothese („Falsifizierung“) ein neuer Ansatz gesucht wird. Bei Politikern ist es offenbar nicht so, hier muss irrationales irrational bleiben und Scheitern wird als Solidarität und Schulterchluss verkauft.

Wer schützt uns vor den gescheiterten und zu keinen neuen Ansätze fähigen EU-Politikern?

Arge Daten: Redtenbacherg. 20, 1160 Wien,
(0676) 910 70 32, webmaster@argedaten.at,
www.argedaten.at

Das Gespenst der Rezession geht um. Die Immobilienkrise in den USA hat Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft. Mit stolzen Wachstumsraten scheint es vorerst einmal vorbei zu sein. In Europa. Auch in Österreich. Gegensteuern wäre angesagt. Möglichst schnell. *Von Markus Koza.*

STEUERREFORM IN ZEITEN DER KRISE

Schön hätten sich das SPÖ und ÖVP vorgestellt. Der Wirtschaftsmotor brummt, die Steuereinnahmen sprudeln. Und anno dazumal – als die große Koalition ihr Regierungsprogramm verlautbarte und die konjunkturellen Daten deutlich nach oben zeigten – war die Welt noch in Ordnung: nicht nur zusätzliche – wenn auch bescheidene – Ausgaben in Bildung, Soziales, Forschung wurden möglich, nein, auch eine Steuerreform 2010 wurde versprochen. Weil die Steuereinnahmen eine so erfreuliche Entwicklung versprachen und die Wahlen dann auch vor der Tür stehen würden, sei eine Entlastung möglich. An die drei Milliarden Euro sollte diese umfassen.

Die Sozialdemokraten wollen mit dieser Steuerreform ein verteilungspolitisches Zeichen setzen, sollen doch vor allem ArbeitnehmerInnen und einkommensschwache Gruppen entlastet werden. Die unselbständig Beschäftigten sollten endlich ihren fairen Anteil am Steuerkuchen zurückbekommen. Und

die Sozialdemokraten von der frustrieren WählerInnenschaft ihren entsprechenden Stimmenanteil bei den Nationalratswahlen.

Die ÖVP hat natürlich ganz anderes im Sinne, wenn von „Steuerreform“ die Rede ist: die sieht nun endlich die Möglichkeit gekommen, die „Leistungsträger“, den „Mittelstand“ – der bei der ÖVP ab einem Einkommen von rund 77.000 Euro brutto jährlich beginnt – vom Steuerjoch zu befreien: der Spitzensteuersatz soll, ebenso wie die Abgabenquote selbst, deutlich gesenkt werden. Weiters auf der Tagesordnung: Lohnnebenkosten runter, Familiensplitting einführen, und – das ist schon erreicht – Erbschafts- und am besten gleich dazu die Schenkungssteuer als zwei der letzten Überbleibsel einer verhassten Vermögensbesteuerung abschaffen. Und: keine neuen Steuern, also keine Gegenfinanzierung, nein eine richtige Entlastung müsse es sein.

Nur wenige mahnende Stimmen – vor allem aus dem grünen Lager – gab es, die angesichts brennender gesellschaftlicher Herausforderungen – wie Pflege, Bildung und Klimaschutz – bezweifelten, dass sich die Alpenrepublik eine Steuerreform im Sinne einer Steuerensenkung tatsächlich leisten könnte. Viel wichtiger wäre eine Steuerstrukturreform, die tatsächlich einkommensschwache Haushalte und ArbeitnehmerInnen entlasten würde, gleichzeitig aber auch gegenfinanziert werden müsse – durch eine Ökologisie-

rung des Steuersystems, durch eine Reform der Erb- und Schenkungsbesteuerung, durch zaghafte Schritte in Richtung einer stärkeren Besteuerung der Vermögen. Ein Steuersystem hätte schließlich auch eine „Lenkungsfunktion“. Die erfahrene SteuerzahlerIn sollte schließlich inzwischen auch wissen: weniger Steuern bedeutet in Folge weniger öffentliche Ausgaben, höhere Selbstbehalte etc., was wiederum vor allem einkommensschwächere Gruppen ungleich schwerer trifft, als einkommensstärkere. Das kommt wie das Amen im Gebet.

VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN

Nun haben sich allerdings die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen doch einschneidend verändert. Von den USA ausgehend droht eine Rezession. US-amerikanische Banken – aber nicht nur diese, sondern, wie sich inzwischen herausstellt auch europäische und asiatische – stehen vor ernsthaften Liquiditätsproblemen.

Nicht einbringbare Kredite haben milliardenschwere Löcher in die Bilanzen gerissen. Das riss nicht nur die Aktienkurse großer Bankhäuser und Finanzinvestoren nach unten, sondern führte auch zu verschärften Auflagen bei Kreditvergaben.

Die Folge: teurere Kredite für Unternehmen schränken die Investitionstätigkeit ein und führen nicht nur zu ei-



AUGE

MARKUS KOZA
IST UG-VERTRETER IM
ÖGB-BUNDESVORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.



ner Verlangsamung des Wirtschaftswachstums sondern auch zu höherer Arbeitslosigkeit. Überschuldete Haushalte wurden und werden gezwungen ihre Häuser zu verkaufen, was zu einem Rückgang der Immobilienpreise führt: „Ein nachhaltiger Rückgang von Aktienkursen und Immobilienpreisen ... muss in eine ausgeprägte Krise führen, da er US-Haushalte zwingt, wieder zu sparen,“ schreibt dazu der WIFO Ökonom Schulmeister im Standard vom 26./27. Jänner.

Die US-Notenbank hat auch schon reagiert: mit einer deutlichen Senkung des Zinssatzes, um über billigere Kredite wieder die Investitionstätigkeit anzukurbeln und die verschuldeten Haushalte zu entlasten. Die US-Regierung hat ein 150 Milliarden schweres Konjunkturpaket geschnürt: Steuerrückver-

gütungen sollen die Einkommen der Haushalte erhöhen und die Nachfrage wieder stimulieren. Und natürlich gibt es auch Steuererleichterungen für Unternehmen. Ob diese Maßnahmen allerdings mittel- bis langfristig ausreichen werden, um die Konjunktur und die Wirtschaft zu stabilisieren wird von vielen ÖkonomInnen angezweifelt.

WIFO-SCHULMEISTER ZUR KRISE

Europa – und damit wohl auch eine stark exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich – droht, bei aller starken innereuropäischen Verflechtung, in den Sog der Krise mit hineingezogen zu werden. Eine Rezession in den USA – so der WIFO-Ökonom Schulmeister im Standard-Chat – würde das Wachstum in der EU zwingend dämpfen, weil vor

allem auch die starke, ebenfalls in hohem Maße von Exporten abhängige deutsche Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen würde.

Wie also reagieren? Die Europäische Zentralbank, so Schulmeister, sollte dem Beispiel der US-Notenbank folgen, und die Zinsen deutlich senken, um eine weitere Euroaufwertung zu verhindern und damit die europäische Exportwirtschaft zu stützen. Und: Schulmeister fordert eine offensive Staatsausgabenpolitik, welche die Nachfrage unmittelbar belebt und „strukturelle“ Probleme mildert.

Schulmeister: „Eine kluge Politik müsste deshalb jetzt schon Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage in Europa setzen“. Diese müsste vor al-

Bitte umblättern

lem durch „sinnvolle öffentliche Ausgaben (Bildungswesen, Umwelt, Verkehrsinfrastruktur, Altenbetreuung) stimuliert werden.“ Und: „Steuersenkungen, insbesondere für Unternehmen, verpuffen in einer Rezession (siehe Deutschland 2001/2002) oder sie müssen so groß sein, dass sie zu einer drastischen Erhöhung des Budgetdefizits führen (USA 2001/2005).“

Womit wir wieder beim Thema wären: Steuerreform in Österreich. Nationale Handlungsspielräume zur Bewältigung von Wirtschaftskrisen sind in Zeiten einer globalisierten Wirtschaft zwar eingeschränkt, deswegen jedoch nicht zwingend wirkungslos. Eine „kluge“ Staatseinnahmen- und Staatsausgabenpolitik kann durchaus einen Beitrag leisten, konjunkturellen Krisen entgegenzuwirken.

Sie kann über „Umverteilung“ eine Stärkung einkommensschwächerer Schichten, die eine hohe Konsumneigung haben, wie es so schön im „ÖkonomInnendeutsch“ heißt, die Binnenachfrage ankurbeln, sie kann über Steuern „steuern“, das heißt Anreize setzen, etwas zu tun oder zu unterlassen. Durfte schon vor der heraufdämmernden Krise der Sinn einer Steuersenkungsreform angesichts dringender sozialer, gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen bezweifelt werden, hat dieser Zweifel nun neu an Aktualität gewonnen. Wenn staatliche Intervention – etwa über Staatsausgaben – notwendig ist, um die Konjunktur zu stabilisieren, braucht es entsprechende Mittel.

UNSER STEUERSYSTEM – KRISENRESISTENT?

Sehr wohl in Frage gestellt werden darf und muss, ob unser derzeitiges Steuer- und Abgabensystem geeignet ist, ökonomischen Krisen und neuen Herausforderungen zu begegnen. Zentrale Fragen sind dabei, inwieweit unser Steuer- und Abgabensystem:

- „umverteilend“ wirkt – etwa zwischen Arbeit und Kapital, zwischen reich und arm – und damit über eine Stärkung der Massen- und Niedrigeinkommen auf die Binnennachfrage stabilisierend bis erhöhend wirkt
- beschäftigungs- und investitionsfördernd wirkt. Setzt ein Steuersystem etwa für Unternehmen Anreize für

Realinvestitionen, oder für Finanzveranlagenen?

- eine ökologische Lenkungswirkung entfacht
- auch in Krisenzeiten dem sozialen Sicherungssystem finanzielle Stabilität garantiert.

Eine Analyse unser Steuersystems nach diesen Kriterien ist dabei ernüchternd und belegt tatsächlich einen dringenden Reformbedarf. Allerdings nicht in Richtung einer umfassenden Abgabensenkung, sondern in Richtung einer grundlegenden Strukturreform.

DIE NACKTEN ZAHLEN

Die Abgabequote (Steuern und Sozialabgaben) liegt in Österreich (2005) bei 42,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – BIP (EU-Schnitt: 39,7 Prozent). Höhere Abgabenquoten haben z.B. Schweden, Dänemark, Belgien und Frankreich, niedrigere z.B. Italien, die Niederlande und die BRD. Die Abgabequote ist also keineswegs so dramatisch hoch, wie uns immer wieder gerne vorgemacht wird.

- Interessanter als die Höhe der Abgabequote ist dabei die Zusammensetzung, die Steuerstruktur. Auffallend für Österreich ist dabei, dass
 - Steuern aus Einkommen und Gewinnen mit 12 Prozent vom BIP unter dem EU-Schnitt liegen (13,7 Prozent),
 - Sozialversicherungsbeiträge über dem EU-Schnitt (14,5 zu 11,1 Prozent),
 - sonstige lohnabhängige Abgaben (Kommunalabgabe, Wohnbauförderungsbeitrag, Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds) in Österreich ein Vielfaches des EU-Durchschnitts betragen (2,6 Prozent des BIP zu 0,4 Prozent des EU-15 Durchschnitts),
 - dafür Steuern auf Vermögen in Österreich lediglich bei 0,6 Prozent des BIP (und die Abschaffung der Erbschaftssteuer wird diesen Satz noch drücken), innerhalb der EU-15 allerdings bei 2,1 Prozent liegen.
- Interessant die Steuer-Entwicklung:
 - So ist das Aufkommen aus der Lohnsteuer von 2002 bis 2006 um 11,7 Prozent auf 18,1 Milliarden Euro gewachsen (bei gleichzeitigem Absinken der Lohnquote von ca. 70 auf 67 Prozent),
 - Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (KÖSt, also einer „Gewinnsteuer“) trotz entsprechend steigender Gewinnquote – lediglich um 6 Prozent

auf 4,8 Milliarden Euro gestiegen.

- Die Einkommenssteuer – also die Steuer aus selbständiger Tätigkeit zum Beispiel von FreiberuflerInnen wie RechtsanwältInnen, ÄrztInnen etc. – ist in diesem Zeitraum um 19,4 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro gesunken.
- Auch die Verbrauchssteuern sind deutlich gewachsen: Die Umsatzsteuer stieg 2002 bis 2006 um 14,8 Prozent auf 20,2 Milliarden Euro, die Mineralölsteuer um 16,1 Prozent auf 3,6 Milliarden Euro.

• Insgesamt blieb das Steueraufkommen aus unternehmerischer Tätigkeit deutlich gegenüber dem Wachstum anderer Steuern zurück: Im Zeitraum von 1992 bis 2006 stiegen die Steuereinnahmen des Bundes insgesamt um 63 Prozent. Dabei wuchsen die Einnahmen aus Lohnsteuern um 78 Prozent, aus der Umsatzsteuer um 60 Prozent. Deutlich schwächer der Zuwachs aus Unternehmenssteuern: der betrug nämlich nur plus 40 Prozent. Während 2005 der Anteil an Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen in den EU-15 bei durchschnittlich 8,2 Prozent lag, betrug er in Österreich lediglich 5,4 Prozent. Noch dramatischer ist die Situation nur noch bei den Vermögenssteuern: Im Schnitt der EU-15 lag das Aufkommen aus Vermögenssteuern bei 5,3 Prozent des Gesamtsteueraufkommens, in Österreich bei 1,3 Prozent.

Was bringen diese Zahlen zum Ausdruck? Nachfragewirksame bzw. stabilisierende Löhne stagnieren seit Jahren, die Lohnquote geht insgesamt sogar dramatisch zurück, gleichzeitig steigen jedoch die Steuereinnahmen aus unselbständiger Arbeit (vor allem im Zuge der „kalten“ Progression, das heißt Lohnzuwächse führen dazu, dass mensch in eine höhere Progressionsstufe fällt und damit Lohnzuwächse nur begrenzt nachfragewirksam werden können). Gewinne, Vermögen und Einkommen aus Vermögen wachsen deutlich, die Steuerausnahmen daraus allerdings nicht im gleichen Ausmaß. Umverteilend von „oben“ nach „unten“ und damit nachfragestärkend und krisenabschwächend wirkt unser Steuersystem nicht.

STEUERPARADIES ÖSTERREICH ...

Im Gegenteil: Die Absenkung des KÖSt-Satzes von 34 auf 25 Prozent so-

wie großzügige steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten (wie etwa auch die unter schwarz-blau eingeführte Gruppenbesteuerung) führen oftmals zu geradezu haarsträubenden Ergebnissen. So zahlte etwa „Telering“ im Jahr 2005 bei einem Gewinn von 12,5 Millionen Euro lediglich 200.000 Euro Körperschaftssteuer (gerade einmal 1,6 Prozent), die Neusiedler AG bei einem Gewinn von 60,1 Millionen Euro nur 3,1 Millionen Euro KÖSt (5,1 Prozent).

Neben ausgesprochen bescheidenen vermögensbezogenen Steuern, werden Erträge aus Kapital beziehungsweise Vermögen auch noch in Österreich steuerlich begünstigt: Millionen Euro schwere Privatstiftungen genießen ein Steuerprivileg. Spekulationsgewinne aus Aktien etwa sind nach dem ersten Jahr steuerfrei gestellt, die Börsenumsatzsteuer wurde – ebenfalls unter schwarz-blau – abgeschafft, Gewinne aus Stock-Options-Gewinne (so etwas wie Vorzugsaktien, vor allem für Manager, bei Erreichen eines bestimmten Börsenkurses) sind steuerbegünstigt, Kapitalerträge sind generell endbesteuert, dadurch auch die Vererbung des entsprechenden Kapitals erbschaftssteuerfrei. Gleichzeitig wurde und wird die private Pensionsvorsorge steuerlich großzügig gefördert – auch von jenen, die sich eine private Pensionsvorsorge weder leisten können, noch wollen.

... UND DIE FOLGEN

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass angesichts derartiger steuerlicher Vorteile – und diese oder ähnliche gibt es in unterschiedlicher Ausprägung nicht nur in Österreich sondern weltweit in der einen oder anderen Form – Investitionen in Wertpapiere oder diverse Fonds weit rentabler erscheinen, als Realinvestitionen. Milliarden an Dollar, Euro, Yen flossen und fließen nicht nur von „kleinen“ SparerInnen etwa über Pensionsfonds, sondern vor allem von Unternehmen auf die Kapitalmärkte.

Unternehmen, die ihre Gewinne auf Grund der Erwartung höherer Renditen lieber in Wertpapiere statt Realinvestitionen anlegten und -legen. Diese Verlagerung des Gewinnstrebens auf Finanzveranlagung und -spekulation ist für Schulmeister mitverantwortlich für

die Dämpfung der Realinvestitionen und damit für den Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsschulden.

Die Finanzinvestitionen haben allerdings noch weitere Auswirkungen. Aufgrund der verstärkten Nachfrage steigen die Aktienkurse der Unternehmen in irrealen Höhen. Platzt die spekulative Blase, sinken also die Kurse, müssen diese Werte natürlich auch in den Bilanzen berichtigt werden – was zu Bewertungsverlusten der investierenden Unternehmen führt, deren Unternehmenswert dadurch auch sinkt.

Um den Wert – und das Vertrauen der Anleger – wieder zu erhöhen, sind regelmäßig Entlastungen, Rationalisierungen und so weiter, die Folge. Steigende Arbeitslosigkeit, wiederum geringere Steuereinnahmen für den Staat, höhere Sozialausgaben – bei immer knapper werdenden Budgets. Und das passiert in regelmäßigen Abständen, wenn nach einem „überschiessenden Boom“ eine „Korrektur“ nach unten stattfindet.

Ein Teufelskreis – warum also nicht versuchen, daraus auszubrechen?

HÖHERE BESTEUERUNG VON KAPITAL UND VERMÖGEN

Hier müsste entsprechend eine Steuerreform im Sinne einer Steuerstrukturreform – mit dem Ziel einer steuerlichen Abschöpfung von Spekulationsgewinnen (Vermögenszuwachssteuer) und einer Besteuerung von Transaktionen des Wertpapierhandels – ansetzen. Das ist auf nationaler Ebene durchaus möglich. Diese Maßnahmen hätten dabei nicht nur einen „umverteilenden“ sondern auch einen „regulatorischen“ Charakter – spekulativere Veranlagungen und Transaktionen sollen so unattraktiver, weil teurer werden.

Weitere Massnahmen im Bereich einer Vermögensbesteuerung:

- die Abschaffung der Steuerprivilegien von Privatstiftungen (etwa durch Einführung einer Art „Erbersatzsteuer“ auf in Stiftungen geparktes Vermögen),
- die Reform der Erb- und Schenkungssteuer – unter steuerlicher Schonung kleiner Vermögen – bis hin zur Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer. Modelle dafür liegen bereits vor. Von Schulmeister ein ebenso einfaches wie von Franz Gall von der Arbeiterkammer Oberösterreich.

• Auch wäre es durchaus überlegenwert, über die Wiedereinführung einer Art von wertschöpfungsbasierter „Gewerbsteuer neu“ für die Gemeinden nachzudenken, um deren Investitionskraft wieder zu stärken.

Ziel einer derartigen Steuerstrukturreform wäre also, Steuereinnahmen aus Kapital und Vermögen an den europäischen Schnitt heranzuführen (was alleine im Bereich der Vermögenssteuern zu einem zusätzlichen Steueraufkommen von beinahe vier Milliarden Euro führen würde!) und im Gegenzug Arbeit und ArbeitnehmerInnen steuerlich zu entlasten, die Masseneinkommen zu stärken, um damit die Binnenachfrage zu stabilisieren und somit sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können.

Eine steuerliche Entlastung niedriger Einkommensschichten wäre etwa über großzügiger gestaltete Negativsteuern möglich, eine Entlastung der ArbeitnehmerInnen über eine – ohnehin längst überfällige – Anhebung der Einkommensgrenzen, ab denen die Progression wirkt.

Höchst an der Zeit wäre auch, über eine Ökologisierung des Steuersystems unter sozialen Gesichtspunkten nachzudenken. Zugegeben: zu einer geringeren Abgabenquote wird das nicht führen. Allerdings zu einer gerechteren Verteilung der Steuerlast zwischen Arbeit und Kapital. Denn ein geringeres Steueraufkommen ist nicht leistbar. Gerade für einkommensschwächere Gruppen und den ominösen Mittelstand, der von staatlichen bzw. öffentlichen Leistungen wie Bildung, einem guten Gesundheitssystem etc. besonders profitiert. Gerade auch, wenn in Zeiten der Krise der Staat mit Investitionen zur Stabilisierung der Konjunktur einspringen muss. „Kluge Politik“ eben, wie sie Schulmeister einfordert.

Quellen: Arbeiterkammer Oberösterreich, Der Standard.

Nach dem Finanzdebakel des ÖGB mit der BAWAG-PSK 2006 wurde vom neu gewählten ÖGB-Vorstand die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Ethische Finanzierung“ beschlossen. *Von Fritz Schiller.*

ETHISCHE VERANLAGUNG

Neben dem Schwerpunkt „Nachhaltiges Beschaffungswesen“ geht es um die „Ethische Veranlagung des ÖGB-Vermögens“, beziehungsweise dessen, was davon übrig geblieben ist.

Vor dem Hintergrund eines noch nicht abgeschlossenen BAWAG-Prozesses, in dem den ehemaligen BAWAG-Managern, dem BAWAG-Aufsichtsratspräsidenten, sowie dem Vermögensverwalter Flöttl junior Veruntreuung vorgeworfen werden, ist das ein wichtiger und richtiger Schritt des ÖGB-Vorstandes. Es gilt das Vertrauen der KollegInnen in die Finanzgebarung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes wieder herzustellen, aber auch gewerkschaftliche und emanzipatorische Grundsätze in der eigenen Finanzverwaltung anzuwenden.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund soll und wird in Zukunft nicht mehr in Unternehmen investieren, die sich zum Beispiel gegen Betriebsräte und/oder Gewerkschaften in eigenen oder fremden Betrieben wenden.



FRITZ SCHILLER
IST ÖKONOM, BETRIEBS-
RATSVORSITZENDER UND
AUGE/UG-VERTRETER IM
BUNDESVORSTAND
DER GEWERKSCHAFT DER
PRIVATANGESTELLTEN.

WAS WAR NICHT AUFGABE DER ARBEITSGRUPPE?

Sie befasste sich nicht mit der Formulierung einer Veranlagungsstrategie, der sogenannten Strategischen Asset-Allocation. Hier wird die Risikobereitschaft des Investors bei einer erwarteten Ertrags- oder Performanceerwartung festgelegt.

Eine Investition (sei es in Wertpapiere oder andere Vermögensgegenstände) ist immer eine Spekulation oder Wette, sie betrifft immer eine Entscheidung für eine ungewisse Zukunft. Die Verantwortung für die Strategische Asset Allocation hat somit der ÖGB-Vorstand zu übernehmen.

RAHMENBEDINGUNGEN

Die Arbeitsgruppe „Ethische Finanzierung“ formulierte Rahmenbedingungen für die Strategische Asset-Allocation. Zunächst wurde festgelegt, worin der Österreichische Gewerkschaftsbund sein Finanzvermögen investieren soll.

- Die Arbeitsgruppe schlägt dafür
- Wertpapiere (Anleihen, Aktien),
 - Fonds,
 - Grundstücke,
 - sowie Darlehen (Kredite) vor.

Ausdrücklich nicht berücksichtigt werden sollen sogenannte strukturierte Produkte (z.B. Asset Backed Securities), Private Equities, Derivative Instrumente zur Spekulation sowie Wertpapiere und Veranlagungsformen, die keiner international anerkannten staatlichen Kontrolle unterliegen.

Die wichtigsten Instrumente für die Auswahl der Schuldner stellen die Negativ- beziehungsweise Positivkriterien dar. Es werden Kriterien festgelegt, die der Schuldner zumindest erfüllen muss. Der Schuldner kann entweder der Staat (Bundesanleihen) oder ein Unternehmen (Aktien, Anleihen) sein. Letztere bezeichnet man auch als Corporates.

UNTERNEHMENSBEWERTUNG

Die Anwendung von Negativ- und Positivkriterien ist ein allgemein akzeptierter Vorgang und entspricht der üblichen Vorgehensweise bei ethischen, nachhaltigen oder ökologischen Investmentfonds.

Die Anwendung der Negativkriterien ist relativ einfach. Es wird eine Reihe von Kriterien aufgestellt, die die untersuchten Unternehmen erfüllen müssen. Zum Beispiel verlangt der Negativkriterienkatalog der Arbeitsgruppe, dass diejenigen Unternehmen ausgeschlossen werden, die Kernkraftwerke betreiben, Rüstungsgüter produzieren oder vertreiben, Pornographie produzieren oder vertreiben sowie der Bestechung und Wirtschaftskriminalität überführt worden sind.

Die Positivkriterien sind in der Regel viel schwieriger zu operationalisieren. Sie werden zumeist nach der Best-In-Class Methode strukturiert. Je mehr ein Unternehmen von den vorgeschlagenen Kriterien im Vergleich zu anderen Unternehmen erfüllt, umso höher wird es gereiht. Die Arbeitsgruppe legt hier einen eindeutigen Schwerpunkt auf die

Erfüllung von Sozialkrite-

- die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (International Labor Organisation),
- die Anwendung von Kollektivverträgen,
- Koalitionsfreiheit,
- menschengerechte Arbeitszeit,
- geringe Fluktuation, etc.

Darüberhinaus sollen auch Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung des Unternehmens gewürdigt werden, sei es auf der Produktebene, aber auch und vor allem auf der sozialen Ebene.

Meines Erachtens kommt bei den Vorschlägen der ökologische Aspekt zu kurz. Man hätte sich durchaus daran wagen können, prinzipiell diejenigen Unternehmen auszuschließen, die natürliche Ressourcen verbrauchen. Viele multinationale Unternehmen, zum Beispiel aus der Rohstoffindustrie, setzen eine Menge Geld dafür ein, als ökologischer Musterbetrieb zu gelten. Sie reduzieren den Schadstoffausstoß ihrer Fabriken und fördern Alternativenenergie.

Schaut man sich diese Aktivitäten genauer an, so reduzieren sich diese Bemühungen zu augenscheinlichen Marketinggags unter dem Mäntelchen der „Corporate Socially Responsibility“. Der Punkt ist aber, dass diese Unternehmen ihr Kern- und Hauptgeschäft, die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen, ungehindert weiter betreiben. Von einem nachhaltigen Standpunkt aus sind solche Industriezweige prinzipiell auszuschließen.

BEWERTUNG VON STAATSANLEIHEN

Für das Investment in Staatsanleihen wurden Negativkriterien aufgestellt, die sich an den Kernarbeitsnormen der ILO und dem IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund) orientieren. Es werden zum Beispiel jene Staaten von einem Investment ausgeschlossen, die



Unabdingbar für die Glaubwürdigkeit ist die transparente Darstellung aller Vermögen des ÖGB gegenüber den Mitgliedern

von der „International Labor Organisation“ wegen besonderer Verletzung der ILO-Normen verurteilt wurden wie beispielsweise Kolumbien, Weissrußland und Burma.

Quasi als Positivkriterien für Staaten wurde eine Reihe von Punkten aufgestellt, die gesellschaftspolitischen Kriterien geschuldet sind:

- Prioritäten öffentlicher Ausgaben,
- Verteilungsgerechtigkeit,
- Engagement der Staaten bei der Lösung globaler Probleme und
- Achtung der Menschen-, ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte.

Ein wichtiger Punkt stellt die Engagement-Politik dar. Darunter versteht mensch vor allem eine aktive Stimmrechtspolitik auf den Hauptversammlungen, aber auch eine aktive Kommunikation mit den betroffenen Unternehmen.

Engagement ist sehr arbeitsintensiv und wird daher in der Regel von den ethischen Fonds nicht verfolgt, beziehungsweise in einem geringen Ausmaß an Agenturen oder Beratungsunternehmen ausgelagert.

ETHIK-BEIRAT

Um das Vertrauen in die Veranlagungspolitik des ÖGB wieder herzustellen, schlägt die Arbeitsgruppe die Gründung eines unabhängigen Ethik-Beirates vor. Die Aufgabe des Beirates soll die fachlichen Beratung, die Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie und die Weiterentwicklung der Veranlagungskriterien sein. Die Unabhängigkeit von den EntscheidungsträgerInnen des ÖGB ist ein entscheidender Punkt, um eine zukünftige Veranlagungspolitik des ÖGB zu gestalten. Etliche Anbieter von ethischen Fonds haben unabhängige Beiräte mit ähnlichen Aufgaben eingerichtet.

OFFENHEIT UND TRANSPARENZ

Ebenso unabdingbar für die Glaubwürdigkeit ist die transparente Darstellung aller Vermögen des ÖGB gegenüber den Mitgliedern. Die einstmalige Geheimhaltung um den Streikfonds (der BAWAG) war irrational, da die Höhe des Streikfonds für interessierte Beobachter leicht einzuschätzen war. Ausserdem: Streikgelder wurden nur selten ausbezahlt. Schaut man sich die Situation in Frankreich und Italien an, so streiken die dortigen Gewerkschaften auch ohne grosse Rücklagen. Streikfonds können eine wichtige Rolle spielen, die österreichischen Erfahrungen sind aber eindeutig negativ.

Die eingehende Befassung der Kapitalveranlagung des ÖGB mit ethisch-nachhaltigen Kriterien ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ein Schritt, der Offenheit und Transparenz signalisiert, um damit wieder das Vertrauen der Mitglieder des ÖGB zu erlangen. Es benötigt dazu aber der konsequenten Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen der Arbeitsgruppe. Die Umsetzung der Vorschläge muss für alle Vermögen aller Gewerkschaften gelten. Erst dann wird die Gewerkschaftsbewegung in der Veranlagung von eigenem Vermögen eine Glaubwürdigkeit erlangen, die sie bislang nicht hatte.

Was GewerkschafterInnen leicht übersehen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, weil sie wenig Interesse an der Evaluierung des Fremden(un)rechtspaketes 2005 zeigen. Von Zebos („Ehe ohne Grenzen“).

NORMALISIERUNG?

Normalisierung geht so: Erst gibt es Einzelfälle. Dann werden die Einzelfälle immer häufiger. Welchen soll man herausgreifen? Man hat keine Energie mehr, sich über jeden einzelnen aufzuregen oder auch nur zu wundern. Die Gesetze werden der neuen gesellschaftlichen Normalität angepasst. Das Ergebnis ist ein Land mitten in Europa, in dem Menschenrechtsverletzungen nicht einmal mehr Achselzucken auslösen, dafür aber in Gesetzen verankert werden und Minister dazu sagen: Es gibt keinen Änderungsbedarf.

Wenn man mit GewerkschafterInnen ein Gespräch über die gezielte Ausgrenzung von AsylwerberInnen aus dem österreichischen Arbeitsmarkt führt, hört man in der Regel folgendes Statement: „Aha, ja, die haben es auch nicht leicht, aber es sind eh nur so wenige und nach dem Gesetz dürften die doch eigentlich arbeiten – oder nicht ...?“

Damit beziehen sie sich auf die gesetzliche Regelung, dass AsylwerberInnen in den ersten drei Monaten nach Asylantragstellung die Ausübung einer unselbständigen sowie selbständigen Erwerbstätigkeit untersagt ist. So meinen wohl viele, dass nach diesen drei Monaten der Arbeitsmarkt für diese Menschen eine „gmahte Wiesen“ sei. Wenn aber nach diesen ersten drei Monaten keine Entscheidung über den Asylantrag vorliegt, können AsylwerberInnen nur dann einer Beschäftigung nachgehen, wenn für sie eine Beschäftigungsbewilligung erteilt wird.

Das erfordert die Zusammenarbeit von AsylwerberInnen (eigentlich von „AusländerInnen“ generell) und potentiellen ArbeitgeberInnen mit dem Arbeitsmarktservice (AMS), weil die Beschäftigungsbewilligung nicht den

„AusländerInnen“ selbst, sondern ausschließlich den ArbeitgeberInnen erteilt wird. Diese Vorschrift ist zum Beispiel einem guten Teil der Wiener WirtInnen gar nicht bekannt. Das habe ich bei meinen Besuchen in Schanigärten selbst häufig festgestellt. Alle WirtInnen, die ich danach gefragt habe, haben mir ganz offen gesagt, dass sich ihre KellnerInnen selber um ihre Beschäftigungsbewilligungen kümmern müssen. Wie das gehen soll, ist mir ein Rätsel. Diese KellnerInnen kommen aus allen möglichen Ländern, ich habe sie daher nicht gefragt, wie sie das gemacht haben, ich gönne ihnen ihren Arbeitsplatz für den kurzen Sommer im Schanigarten.

GewerkschafterInnen sollte bekannt sein, dass eine Beschäftigungsbewilligung für „AusländerInnen“ nur dann erteilt wird, wenn sich niemand mit österreichischer Staatsbürgerschaft besser eignet oder finden lässt. In der Schlange um Arbeitsplätze stehen AsylwerberInnen nach ÖsterreicherInnen und „AusländerInnen“ an letzter Stelle.

Ein Beispiel: ein Asylwerber geht Mitte Juni spazieren und kommt an einer Firma vorbei. Dort hängt ein Schild am Tor: „Tierpfleger dringend für den Sommer gesucht!“ Der Asylwerber versteht unsere Sprache ausgezeichnet, er steckt schon seit etlichen Jahren hier im Asylverfahren und ist seit kurzem mit einer Österreicherin verheiratet. Er liebt Tiere und hat diesbezügliche Berufserfahrungen. Er liegt seiner Frau nur ungern auf der Tasche und sieht seine Stunde zum Eintritt in den österreichischen Arbeitsmarkt endlich gekommen. Also läutet er an und lernt einen netten älteren Herrn kennen, der ihn gleich zu den Tieren bringt und die beiden werden schnell einig. Der Un-

ternehmer ruft beim AMS an und teilt mit, dass er jemand passenden gefunden hat. Am nächsten Tag treffen sich die Männer beim AMS wegen der Beschäftigungsbewilligung. Und dann heißt es dort: Nein, also so einfach geht das aber nicht. Da muss ein Regionalbeirat darüber entscheiden, ob das wirklich Saisonarbeit ist, ob ein Stall in einer Stadt ein landwirtschaftlicher Betrieb ist, ob der Asylwerber als solcher genügend integriert ist.

Das ganze Verfahren dauert drei Wochen – weil alle Beteiligten auf eine rasche Entscheidung drängen. Im Bescheid steht dann, dass ein Asylwerber an sich nicht genügend integriert sein kann und deshalb für ihn keine Beschäftigungsbewilligung erteilt werden darf. Also wird dieser Mensch weiterhin trotz seiner Arbeitswilligkeit auf Kosten seiner österreichischen Frau hier unter uns leben. Und das AMS hat die AsylwerberInnen bestens im Griff, stellen sie doch eine überschaubare, amtsbekannte Minderheit im Land dar.

Vielleicht sind jetzt einige LeserInnen dieser Zeilen überrascht und fragen sich, ob so ein Verfahren wirklich für jeden letztklassigen Drei-Monate-Job durchgeführt werden muss, aus wie vielen Personen sich denn so ein Regionalbeirat zusammensetzt, wie oft ein solcher tagt und wieviel seine Mitglieder für so unmenschliche Feststellungen bekommen?

Manche werden sich auch nur fragen, was Saisonarbeit ist. Diesen Menschen kann auch noch am ehesten mit ein paar Informationen geholfen werden. Saisonarbeit kann der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft grundsätzlich für jede beliebige Branche definieren, er tut das aber nicht. Wenn doch, dann gibt es auch gleich be-

schränkte Kontingente. Für Saisonarbeit sind zwei Branchen typisch in Österreich: der Tourismus und die Landwirtschaft. Für beide werden jährlich Höchstzahlen in einer Niederlassungsverordnung festgelegt. In den vergangenen Jahren wurden jeweils 7000 Plätze für ErntehelferInnen und 8000 Plätze für befristet Beschäftigte (= Saisoniers) vorgesehen. 2005 wurden auf dieser Basis etwa 65.000 (!) Beschäftigungsbewilligungen erteilt. So eine Niederlassungsverordnung ist also eigentlich völlig bedeutungslos. Sie zeigt aber etwas anderes sehr deutlich: Die Nachfrage auf dem heimischen Arbeitsmarkt besteht weniger nach Schlüsselarbeitskräften als nach Arbeitskräften für anstrengende, vorübergehende, oft ungesunde und schlecht bezahlte Tätigkeiten.

Viele AsylwerberInnen haben zudem einen hohen Bildungsstand. Ist eine offizielle Stelle in Österreich bekannt, die in irgendeinem Verfahren die Begabungen und Fähigkeiten oder gar den Ausbildungsstand von AsylwerberInnen je auch nur abfragt? Machen sich solch überflüssige Mühe nicht nur die MitarbeiterInnen von NGOs?

AsylwerberInnen halten sich legal auf in Österreich, so lange ihr Verfahren dauert, die können ja in dieser Zeit, die ziemlich lang werden kann, quasi gar nicht weg von hier. AsylwerberInnen wird an „Illegalität“ zur Last gelegt, dass sie einmal hier in Österreich illegal eingereist sind. Ihre Lage hat sich im Schatten der unübersichtlichen Gesetze des Fremdenrechtspaketes 2005 nicht gebessert und in einigen Regionen Österreichs nimmt sie bedenkliche Formen an.

In Tirol etwa etabliert sich inzwischen recht unbemerkt ein ZwangsarbeiterInnensystem. Landeshauptmann Herwig Van Staa wiederholt bei jeder Gelegenheit seine Forderung nach Internierungslagern für AsylwerberInnen. Die Tiroler Realität schaut jetzt so aus: Flüchtlinge werden gezwungen in abgelegenen Massenunterkünften zu wohnen. Arbeit ist ihnen wie in ganz Österreich verboten, erlaubt sind nur gemeinnützige Tätigkeiten zum Lohn von drei Euro in der Stunde. Wer diese Arbeiten verweigert oder aus anderen (guten) Gründen nicht verrichten kann, wird seit einigen Monaten aus allen Versorgungssystemen ausgeschlossen:

Die AsylwerberInnen verlieren ihre Unterkunft, ihr Essensgeld und die Möglichkeit, regulär medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig wird gegen sie ein Betretungsverbot für ihre alte Unterkunft ausgesprochen. Betrifft dies nur einzelne Familienmitglieder, so werden eben Familien auseinander gerissen.

Die Solidarität ist nicht groß: Am 28. Juli 2007 verübten drei Jugendliche einen Brandanschlag auf ein AsylwerberInnenheim in Imst. Sie konnten von BewohnerInnen rechtzeitig in die Flucht geschlagen werden und wurden nicht gefasst. Die Aufregung hält sich derart in Grenzen, dass der Vorfall gar nicht erst über die Lokalmedien hinaus bekannt wurde.

Eine Geschichte zum Leben in Österreich unter dem neuen Fremdenrecht: Am 23. Mai 2007 begibt sich in Wien ein glückliches Paar zum Standesamt. Die beiden sind verliebt, erwarten ein Kind und wollen heiraten. Sie ist Deutsche, er Nigerianer, beide haben ihren Wohnsitz seit längerem in Wien. Wenige Minuten vor dem Ja-Wort öffnen sich die Türen des Trauungssaales, von beiden Seiten stürmen Fremdenpolizisten in den Raum und nehmen den Bräutigam wegen angeblich illegalem Aufenthalt fest. Er wird im Hochzeitsanzug in Schubhaft gebracht, sein Sitzplatz in einer Lufthansa-Maschine nach Lagos ist gebucht.

Er bekam aufgrund von Protesten dann doch „aufschiebende Wirkung“ in seinem Asylverfahren zugestanden. Sollten es die beiden nun schaffen zu heiraten, kann er eventuell bleiben. Dazu muss sie 1091 Euro netto plus

die Miete verdienen. 2,6 Millionen österreichische Frauen im erwerbsfähigen Alter können so eine hohe Verdienstgrenze gar nicht erreichen. Wie ihr als Bezieherin von Kindergeld mit Zuverdienstgrenze das demnächst gelingen soll, ist unklar.

Innenminister Platter hat im Frühsommer 2007 der Initiative „Ehe ohne Grenzen“ einen Termin gewährt. Die Initiative hatte darauf 14 Monate gewartet. Das Gespräch dauerte zwanzig Minuten. Der Minister sieht keinen Änderungsbedarf.

Die Initiative „Ehe ohne Grenzen“ sieht steigenden Handlungsbedarf nach 700 Einzelfall-Beratungen allein im ersten Halbjahr 2007. In binationalen Familien geraten zudem immer mehr ÖsterreicherInnen unter den Druck von Gesetzen, die Rechte und Würde der Menschen in diesem Land verletzen. Standardaussage von BehördenmitarbeiterInnen: „In keinem Gesetz steht, dass Ihr Familienleben in Österreich stattfinden muss“. 200 Stunden in der Woche arbeiten die Mitglieder von „Ehe ohne Grenzen“ seit April 2006 für das Recht auf Familienleben, Integration und Austausch, Orientierung und Begleitung im Dschungel des noch immer neuen Schaden stiftenden Fremdenrechtspaketes.

Wir wünschen uns dringend eine lautstarke Solidarität der GewerkschafterInnen und hoffen auch 2008 weitermachen zu können.

Ehe ohne Grenzen Spendenkonto: BAWAG, Blz 14 000, Konto.-Nr.: 01 910 810 312, ehe-ohne-grenzen.at.



Ist der EU-Reformvertrag*) ein Schritt in Richtung Sozialunion?

Von Veronika Litschel.

WIRD DIE EU SOZIALER?

IM Sonntagsreden haben sich inzwischen auch hochrangige EU-Politiker wie der amtierende Vorsitzende der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker dafür ausgesprochen, dass Europa zur Währungsunion auch eine Sozialunion braucht.

Im Zusammenhang mit dem Reformprozess konnten wir besonders von BefürworterInnen des Vertrags hören, dass die EU einen wichtigen Schritt in Richtung „Stärkung des Sozialen“ unternommen hat. So wurden in Artikel 2 des „Vertrags über die Europäische Union“ neue Zielsetzungen, die einen Ausbau sozialer Aspekte suggerieren – die Vollbeschäftigung, die soziale Marktwirtschaft und der soziale Fortschritt – festgeschrieben. Eine genauere Blick lässt diese Zielsetzungen allerdings als Worthülsen zurück.

DIE AUSRICHTUNG DER EU

Die Europäische Union ist in erster Linie eine Wirtschafts- und Währungsunion. Sie ist geprägt von der gemeinsamen Währungs- und Geldpolitik der autonomen europäischen Zentralbank, die vorrangig der Preisstabilität verpflichtet ist. Ebenso prägend sind die

Konvergenzkriterien im Stabilitäts- und Wachstumspakt, auch Maastricht-Kriterien genannt. Beides wurde im Reformprozess nicht verändert.

Die Maastricht-Kriterien führen durch ihre Beschränkung der Budgetdefizite und der mittelfristigen Verpflichtung zu nahezu ausgeglichenen oder Überschüsse aufweisenden Haushalten dazu, dass die Mitgliedsstaaten in ihrer Budgetpolitik kaum Spielraum haben, um z. B. durch öffentliche Investitionen die Binnennachfrage zu stärken oder Konjunkturlösungen abzufedern.

Gleichzeitig stellt die Steuerpolitik der EU auf weiteren Standortwettbewerb und einen Wettlauf um Steuererleichterungen ab. Es fehlt nach wie vor der politische Wille, insbesondere die Unternehmensbesteuerung und die Besteuerung von Kapitaltransaktionen EU-weit zu harmonisieren. Der daraus folgende Steuerwettbewerb nach unten führt in den Mitgliedsstaaten zur weiteren Einengung des Spielraums der nationalstaatlichen Budgets. Die Körperschaftsteuersätze sind laut OECD in den EU-27 von 1995 bis 2007 um 10,8 Prozent gesunken. In Österreich war die letzte Senkung von 34 auf 25 Prozent, der reale Körperschaftsteuersatz liegt bei rund 18 Prozent.

Begleitet von dem kontinuierlichen Sinken der Lohnquote ist es eine logische Folge, dass massive Finanzierungsprobleme vor allem im Bereich der Sozialstaaten entstehen.

Der Standortwettbewerb wird auch als gewichtiges Argument der Arbeitgeberseite bei Lohnverhandlungen benutzt. Die ArbeitnehmerInnen sind dop-



pelt getroffen. Die Entwicklung der Löhne bleibt zurück, der Sozialstaat und damit die soziale Sicherheit wird aufgrund von Finanzierungsproblemen abgebaut. Eine Spirale nach unten, die Erwerbstätige bedroht, von der (große) Unternehmen und Konzerne aber profitieren.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT?

Die Daseinsvorsorge bzw. die öffentlichen Dienstleistungen werden nicht als wesentlicher Bestandteil eines europäischen Sozialmodells anerkannt. Sie werden nicht eindeutig durch ein Rahmenrecht geschützt, im Protokoll 9 des Reformvertrages findet sich lediglich ein rechtlich schwammiges Bekenntnis. Gleichzeitig ist die Marktöffnung in den sozialen und Gesundheitsdienstleistungen als weiterer Schritt zur Vollendung des Binnenmarktes bereits angekündigt.

Vollbeschäftigung wird in der EU immer mit dem Ruf nach der Notwendigkeit des Abbaus von Schutzbestimmungen verbunden. Nicht mangelnde Arbeitsplätze sondern zu teure ArbeitnehmerInnen sind angeblich für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Daher mehr Atypisierung, Flexibilisierung und Prekariat. Wie dies mit der Zielsetzung der sozialen Marktwirtschaft zusam-



VERONIKA LITSCHEL
IST ARBEITERKAMMER-
RÄTIN DER AUGÉ.

menpasst, bleibt offen. Die Konterkarierung der Zielsetzung durch die beschriebenen Rahmenbedingungen ist nicht zu übersehen.

Da bietet auch die Grundrechtcharta keinen Ausweg aus dem Dilemma. Im Protokoll zum Reformvertrag wird festgehalten, dass die Grundrechtcharta keine Ausweitung der Befugnisse des europäischen Gerichtshofs mit sich bringt. Damit ist die Charta eine durchaus positive Kodifizierung bestehender Bestimmungen im Bereich Bürgerrechte und soziale Rechte. Ebenso Teil der Charta sind die Grundfreiheiten (freier Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit).

Wie der europäische Gerichtshof im Zweifelsfall mit den Spannungsfeldern Grundfreiheiten, freier Wettbewerb und soziale Rechte umgehen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat die EU hier eine wichtige Chance verpasst, klare eindeutige Regelungen

politisch zu formulieren. Stattdessen ist sie mal wieder der politischen Entscheidung ausgewichen, überlässt diese indirekt der Interpretation des europäischen Gerichtshofes.

Es gibt viele Punkte, die in diesem Reformvertrag positiv zu bewerten sind, viele die umstritten bleiben werden. Auf die Frage, ob die EU durch diesen Reformvertrag sozialer geworden ist bzw. wird, lautet die Antwort eindeutig NEIN.

Dazu müsste sich in den primärrechtlichen Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungsunion einiges ändern. Die Anerkennung einer starken Sozialunion und ihrer wichtigen Rolle für die Menschen in der EU scheint aber aktuell nicht der wirtschaftspolitische Mainstream zu sein. Diese Herausforderung wartet noch auf uns.

*) Der Vertrag von Lissabon, auch Reformvertrag genannt, besteht aus Abänderungen des „Vertrags über die Europäische Union“ (EUV), der auch als Maastricht-Vertrag (1992) bekannt ist und in den Verträgen von Amsterdam (1997) und Nizza (2000) verändert wurde, sowie des Vertrags über die Gründung der Europäischen Union (EGV). Der EGV wird bei Inkrafttreten der Reform in den „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (VAE) umbenannt.

GENUG GESPART!

In den letzten Jahren wurden 150.000 Stellen in den Ämtern gestrichen. Lange Wartezeiten bei Anträgen und Behördengängen nerven!

Unsere öffentlichen Dienstleistungen dürfen nicht kaputt gespart werden! PROTEST-SMS an 72626
SMS-Text: Genug Gespart, Vorname, Nachname, Wohnort
Normale SMS-Gebühr - Keine Weitergabe - Veröffentlichung ohne Telefonnummer auf www.GenugGespart.de

www.genuggespart.de – eine Kampagne von ver.di und Tarifunion des Beamtenbundes

Deutsche Gewerkschaften fordern kräftige Lohnerhöhungen

ver.di und die Tarifunion des Beamtenbundes fordern 8 Prozent und mindestens 200 Euro. *Von Thomas Kerschbaum.*

- 8 Prozent: realistisch – angemessen – machbar!
- Jetzt sind wir dran!
- 8 Prozent – Das muss sein!

Das sind die Slogans der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes in Deutschland. Die Kollektivvertragsverhandlungen des Öffentlichen Dienstes in Deutschland haben am 10. Jänner 2008 begonnen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Tarifunion des Deutschen Beamtenbundes (Verband von 39 Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes) fordern:

- eine lineare Erhöhung der Einkommen um 8 Prozent und mindestens 200 Euro
- eine Laufzeit des Kollektivvertrags von 12 Monate

Der Marburger Bund (die gewerkschaftliche, gesundheits- und berufspolitische Interessenvertretung von angestellten und beamteten ÄrztInnen, davon rund 55.000 ÄrztInnen an kommunalen Spitälern) fordert eine Erhöhung der Gehälter um zehn Prozent.

Die Gewerkschaften stellen sich auf harte Verhandlungen und Arbeitskämpfe mit den Dienstgebern des Öffentlichen Dienstes ein. Die ver.di bereitet sich bereits auf Streiks vor. Daher hat die ver.di ein eigenes Internet-Fernsehen für die Kollektivvertragsverhandlungen eingerichtet (www.streik.tv).

Die KIV stellt daher noch einmal fest:

Unsere Gehaltsforderung von 10 Prozent und mindestens 200 Euro war und ist angemessen. Die Beschäftigten des kommunalen Öffentlichen Dienstes in Österreich haben lange Jahre der Einsparungen, Kürzungen und Privatisierungen hinter sich. Es ist Zeit, dass auch unsere Gewerkschaft endlich eine konsequente Politik im Interesse der Beschäftigten der österreichischen Gemeinden beginnt.

Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes in Deutschland haben diese Forderungen in Gremien beschlossen und für alle Mitglieder der Gewerkschaften transparent gefordert. Wir fühlen uns bestärkt, auch für die österreichische Gewerkschaft diese demokratischen Forderungen zu stellen. Wir bedauern sehr, dass die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen in der GdG bis jetzt alle Forderungen zur Demokratisierung unserer Gewerkschaft im Zusammenhang mit Gehaltsverhandlungen abgelehnt hat.

Die KIV ist solidarisch mit den deutschen Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes und begrüßt die Lohnforderungen. Wir wünschen den deutschen Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg!

Die aktuellen Berichte und die Hintergrund-Infos über die Tarifrunde 2008 des Öffentlichen Dienstes in Deutschland sind auf deren Internet-Seiten zu finden.

Thomas Kerschbaum ist Personalvertreter der KIV im Wiener „Amt für Jugend und Familie“.

www.platterwatch.at

(GRATIS) VORSCHAU

2008



ERINNERT IHR EUCH?
WENN IHR IN DIE EU KOMMT, GIBT'S **VIER** FREIHEITEN

JESSAS!

FREUET EUCH
JETZT KOMMT DIE **FÜNFTÉ**

DIE FREIHEIT SICH DIE **EURO08**...

SEKTOR 4

SECURITY CHECK

UND DRÜCKEN DIE DAUMEN FÜR UNSERE ATHLETEN

ÖSTERREICH GRÜSST DIE GRÖSSTE DIKTATUR DER WELT

LEIDER GEHEN AUCH 2008 DIE FRECHEN PROVOKATIONEN MUSLIMISCHER JUNGKRIMINELLE UNVERMINDERT WEITER

WILHELM MOLTERER ERKLÄRT UNVEREINBARKEIT:
ZUGEGEBEN, ICH BIN VIZEKANZLER, SCHATTENKANZLER, PARTEI-OBMANN, FINANZMINISTER UND SCHÜSSELS SCHANI, ABER DAS MACHT NIX, WEIL DAS SAGEN HAT EH NUR RAIFFEISEN

WIE ERWARTET WERDEN WIR VON EINER FLUT AN LEITARTIKELN, TV-TALKS, DOKUS, DVDS UND DOKU-SOAPS ÜBER DIE 68er ÜBERSCHWEMMT WERDEN

DIE **68er**

HÜHEP MARIA



NOCH FEINLICHER ALS 2007



NATÜRLICH FREUEN WIR UNS AUCH AUF DIE OLYMPISCHEN SPIELE



Helga Wolfgruber über Tabus im Krankenhaus.

„REDEN WIR DARÜBER ...“

ES gibt Vieles, worüber zu sprechen schwer fällt und es gibt genügend berechtigte Gründe, sein „Herz nicht immer auf der Zunge zu tragen“. Dies gilt besonders für Menschen, die in streng hierarchisch organisierten Institutionen arbeiten. Und Krankenhäuser sind solche.

Die Gründe für das „nicht sprechen können“, „sich etwas nicht zu sagen trauen“, „etwas verheimlichen müssen“ oder „einfach sprachlos zu sein“ sind vielfältig.

DER POLIT-ÖKONOMISCHE FAKTOR – WIRTSCHAFTSPOLITIK AM KRANKENBETT

Seit Jahren schon sind die Beschäftigten im Gesundheitswesen mit einer Entwicklung konfrontiert, die sie mit Sorge erfüllt – zunehmend aber auch hilflos und wütend macht.

Die Übernahme neoliberaler, marktwirtschaftlicher Wirtschaftsprinzipien und Ideologien entlarvt das neue Verhältnis zwischen Geld (als Mittel) und Versorgung (als Zweck).

Von einem sozialstaatlich organisiertem Gesundheitswesen würde man erwarten, dass Geld die Finanzierung notwendiger Leistungen sicherstellt,

und nicht, dass umgekehrt die Versorgung vorwiegend der Gewinnbeschaffung dient.

Unter diesen Vorzeichen soll unser Handeln zu einem Bündel berechenbarer Dienstleistungen innerhalb messbarer Zeiteinheiten werden. Damit der Wind aber, der diese Segel bläht, nicht zu deutlich spürbar wird, redet man eine Krise des Sozialstaates herbei, spricht von fehlenden finanziellen Ressourcen, bedient sich eines hochgestochenen „Qualitätsvokabulars“ und verschleiert damit das wahre Problem: die Qualität der Leistungen kann nicht besser werden, wenn Handlungsabläufe zunehmend unter den Druck der Kosten-Nutzen-Rechnung geraten.

Die Vorherrschaft betriebswirtschaftlichen Denkens, begleitet vom Wahn der unbegrenzten Effizienzsteigerung, droht unseren Blick zu trüben für eine wichtige Ressource, die sowohl PatientInnen als auch die Bediensteten brauchen: nämlich Zeit und Lebensqualität. Die einen brauchen das an ihrem vorübergehenden „Leidensort“, an dem sie gesund werden können, die anderen an ihrem Arbeitsplatz, an dem sie nicht krank (gemacht) werden sollen.

Ich befürchte, dass die Übermacht des „Quantitativen“ über das „Qualitative“ langfristig auch in den Köpfen der Beschäftigten zu einer Veränderung ihrer humanen Sensoren führt und auch das Berufsethos verändert. Die Bedeutung des „Gesprächs als heilende Kraft“ geht verloren. „Zeit haben“ als Qualität läuft Gefahr, ihren Wert zu verlieren.

Qualitätskriterien, wie sie eine konkurrenz- und wettbewerbsorientierte Wirtschafts-ideologie vorgibt, können

nicht eins zu eins auf den Gesundheitssektor übertragen werden.

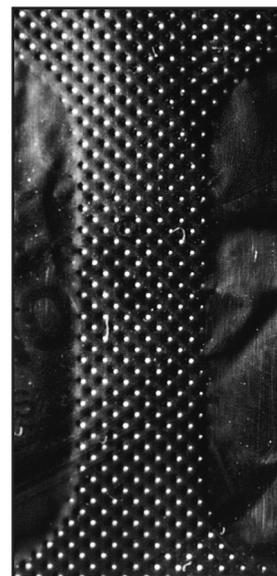
Die spürbare Ambivalenz und Verwirrtheit diesem Problem gegenüber ist derzeit deutlich zu spüren – und zwar sowohl an der „Basis“ als auch bei den Führungskräften. Denn: der Umgang mit Menschen folgt noch immer anderen Gesetzen als der Umgang mit Waren.

DER INSTITUTIONELLE FAKTOR

Die Tendenz, alle Lebensbereiche dem Diktat der Ökonomisierung zu unterwerfen hat weitreichende Folgen für das „Leben und die Arbeit“ im Krankenhaus.

Der Nährboden für Konkurrenzkämpfe und Konflikte zwischen den Menschen wird noch fruchtbarer, als er in Institutionen immer schon war. Konzepte zur Konfliktlösung können aber oft mangels Zeit, Zunahme von bürokratischer Mehrarbeit und eines beobachtbaren Entsolidarisierungsverhaltens zu keiner Entspannung führen.

Die Folge davon ist, dass „schweigend wirksam“ wird, was „nicht ausgegagt“ werden kann. Gefühle von Neid und Konkurrenz müssen abgewehrt werden, um Scham- und Schuldgefühle erträglich zu machen. Der Umgang miteinander ist oft gekennzeichnet von Entwertung und Missgunst. Nicht selten erscheinen Unterwerfung, Krankheit oder Flucht die einzigen „Überlebensstrategien“ zu sein.



HELGA WOLFGRUBER
IST PERSONALVERTRETERIN
DER KIV IM WIENER
OTTO-WAGNER-SPTAL.

DER INDIVIDUELLE FAKTOR

Ein von vielen Stressoren gekennzeichnetes Arbeitsklima gibt dem Entstehen vieler Ängste erhöhte Chancen:

- die Angst, Fehler zu machen, nimmt zu und hemmt engagiertes Arbeiten
- die Angst vor Versagen oder Arbeitsplatzverlust begünstigt den Rückfall in die Wiederholung von Kindheitsmustern (z.B. Abschieben von Verantwortung)

sie begünstigen den Verlust sinnstiftender Identifikation mit Arbeit und Institution und können den „Weg in die innere Kündigung“ beschleunigen.

Unter dem zunehmenden Druck von

- Rationalisierung,
- Produktivitätssteigerung und
- Konkurrenz können wir auch eine Zunahme (oder einen Zunami?) von Befindlichkeitsstörungen mit weitreichenden Folgen beobachten:

die „innere Kündigung“ ebnet, sind auf mehreren Ebenen zu finden:

- auf der persönlichen Ebene begünstigen Eigenschaften wie Ängstlichkeit, mangelnde Selbstachtung, Neigung zu Depression, Perfektionsstreben, unreflektiertes Helfersyndrom, schlechte Ausbildung u.v.m. das „Ausbrennen“.
- auf der Ebene der Organisation sind es folgende „Auslöser“: zeitraubende sinnlose Administrations- und Dokumentationsarbeit, Ziele und Erfolgskriterien der Arbeit sind nicht klar definiert, zu wenig Autonomie beim Festlegen der eigenen Arbeitsabläufe, Personalmangel, schlechter „Kontakt“ zu den Vorgesetzten (wenig Rückmeldung, Lob und Anerkennung fehlen), keine Teamarbeit, zu starke Kontrolle.
- Zunahme von Stressoren, bedingt durch gesellschaftliche Veränderungen (Ökonomisierung aller Lebensbereiche, wachsender Konkurrenzdruck, „Effizienzsteigerungswahn“, Informationsflut kann nicht mehr sinnvoll verarbeitet werden, Verlust klarer Rollenübernahmen u.v.m.)
- Mobbing



Die Liste tabuisierter Themen wurde von der Angst angeführt, Suchtprobleme und psychische Erkrankungen von MitarbeiterInnen zu thematisieren

- die Angst nicht mehr dazuzugehören fördert Anpassung und lässt keinen Platz für Zivilcourage
- die Angst vor dem Urteil der anderen und die Angst vor dem Verlust von Anerkennung kann zu beziehungsbestimmender destruktiver Kraft werden.

Vor einigen Jahren haben vierzig KollegInnen mehrerer Berufsgruppen im Otto-Wagner-Spital bei einer Open Space-Konferenz eine Rangliste der im Krankenhaus tabuisierten Themen erstellt. Die Liste wurde angeführt von der Angst, Suchtprobleme und psychische Erkrankungen von MitarbeiterInnen zu thematisieren, gefolgt von der Angst die Führungsschwächen (das häufig beobachtbare Auseinanderfallen von Kompetenz und Entscheidungsbefugnis) aufzuzeigen und an dritter Stelle wurde Eifersucht/Neid zwischen den Berufsgruppen genannt.

Die Folgen eines angstvollen Arbeitsklimas sind uns allen bekannt –

BURN OUT-SYNDROM

Der Verschleiß persönlicher Ressourcen in helfenden Berufen ist bekannt und groß. Die Gründe, die den Weg in

GEGENGEWICHT GEWERKSCHAFT UND PERSONALVERTRETUNG?

Die KIV hat seit jeher ihr Gestaltungspotential nicht nur auf lohn- und beschäftigungspolitische Inhalte beschränkt.

Unsere Forderungen haben in hohem Ausmaß das Erkämpfen von „Lebensqualität am Arbeitsplatz“ zum Inhalt.

„Wiener Spitäler als Gagenparadies“

Solche oder so ähnliche Schlagzeilen wurden in den vergangenen Tagen in den diversen Medien verbreitet. *Von Alfred Weisenberg.*

Das ist falsch: Vielmehr müsste es heißen: „Gagenparadies in der Generaldirektion“. Die KIV hat bereits im März 2005 darüber berichtet.

Nicht, dass wir die Höhe der Gage des Herrn Generaldirektors oder seiner Manager verurteilen, schließlich verdienen andere Manager, die eine so große Verantwortung tragen, in der Privatwirtschaft um einiges mehr, wir kritisieren vielmehr, dass in keinster Weise die Bezüge der „kleinen“ MitarbeiterInnen in einer Relation dazu stehen.

Das dürfte aber weder die Politik noch sonst irgend jemand verstehen, viele von denen, die entscheiden, verdienen so viel, dass sie den Bezug zu den Bezügen „einfacher“ Bediensteter verloren haben.

Alfred Weisenberg ist Personalvertreter der KIV im Wiener Geriatrienzentrum „Am Wienerwald“.



GEWALT AN SCHULEN

Schließt man sich den Appellen des Vizekanzlers und vieler ExpertInnen an, so darf Gewaltprävention keine Worthülse bleiben. Die Antwort kann aber nicht ein harter Bestrafungskatalog sein, wie zuletzt von christlich-sozialen PolitikerInnen diskutiert. Sondern es bedarf eines grundlegenden Umdenk- und Umgestaltungsprozesses. Deshalb sind Forderungen nach Reformen des bestehenden differenzierten Schulsystems und der Rahmenbedingungen von großer Bedeutung und dürfen nicht politischer Polemik zum Opfer fallen.

Das „Recht auf Bildung“ für alle, wie es in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in Artikel 28 und 29 postuliert wird, muss von der Politik so umgesetzt werden, dass sozial benachteiligte Menschen die ungeteilte Chance auf Bildungserwerb erhalten: Denn die soziale Herkunft der Jugend-

Gewaltprävention bedarf eines grundlegenden Umdenk- und Umgestaltungsprozesses.

Von Ingrid Kalchmair.

lichen entscheidet immer noch am stärksten über deren Bildungskarrieren.

Ghettoisierung statt Integration der unterschiedlichen ethnischen Bevölkerungsgruppen muss zwangsläufig in die soziale Sackgasse führen und ist Nährboden für Verachtung und Gewalt. Chancengleichheit und Bildung aber befähigen den Menschen zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und es liegt in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger, die optimalen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die Forderung

- nach einer ausreichenden Zahl an SozialpädagogInnen an den Schulen, einer vermehrten Zuteilung von LehrerInnen auch mit nicht-deutscher Muttersprache und einer integrativen Zusammenarbeit dieser mit dem LehrerInnenkollegium, den Erziehungsberechtigten, den SchülerInnen und den Schulaufsichtsbehörden ist ein erster Schritt, um der Gewaltbereitschaft der Jugendlichen Einhalt zu bieten.

- den Jugendlichen positive Zukunftsperspektiven zu vermitteln, ihnen Wertschätzung, Respekt und Anerkennung in der Schule und von der Gesellschaft allgemein angedeihen zu lassen, ist mit Bestrafung und Sanktionen nicht zu begegnen.

- jedem Jugendlichen Talent und Kompetenz zuzusprechen, muss verinnerlicht werden. Das Gefühl der Akzeptanz, auch über den Schulalltag hinausgehend, soll dazu beitragen die Jugendlichen aus ihrer inneren Emigration zu führen.

- nach gesellschafts- und bildungspolitischem Wandel im Sinne einer „europäischen Dimension“, der Integration und der ethnischen Vielfalt als „europäische Herausforderung“ kann und darf sich Österreich nicht verschließen.

Dem OECD-Experten Schleicher ist zuzustimmen: Das System der Zukunft ist ein „universeller Ansatz“, bei dem gefördert, nicht selektiert wird.

In diesem Sinne wünscht die ÖLI allen PädagogInnen, dass sie von den politischen Verantwortungsträgern nicht nur die Wertschätzung, sondern auch die Unterstützung erhalten, die der engagierten Arbeit im schulischen Alltag erneut positive Impulse verleiht.

LehrerInnen brauchen nicht nur Wertschätzung in Politikerworten, sondern Taten, vor allem auch vom Finanzminister! Nur ein Beispiel: Es wurden viele SchulmediatorInnen ausgebildet, für die es keine Dienstaufträge, Anstellungen oder offiziellen Platz für ihr Betätigungsfeld gibt.



INGRID KALCHMAIR
IST VORSTANDS-MITGLIED
DER ÖSTERREICHISCHEN
LEHRERINNEN-INITIATIVE.

KULI/UG: Ohne „echte Gesamtschule“ Schäden für alle Schultypen

„Gemeinsame Schule“ droht leider zur Farce zu verkommen.

„Die Ergebnisse der bisherigen Debatte um die Schulversuche rund um eine 'Gemeinsame Mittelschule' verkommen leider zur Farce. Die beiden größten Probleme in den Schulen der 10–14-Jährigen, nämlich Ressourcenmangel und SchülerInnen-Rückgang, werden davon kaum berührt, geschweige denn einer Lösung zugeführt,“ fürchten Wilfried Mayr und Thomas Wintersberger von den Unabhängigen PflichtschullehrerInnen in Oberösterreich (KULI/UG).

Die zentralen Kritikpunkte:

1. Von einer *echten* gemeinsamen Schule kann nur gesprochen werden, wenn auch *alle* SchülerInnen sie besuchen und nicht, wie es in Deutschland seit vielen Jahren der Fall ist, die „Gesamtschule“ nur ein weiterer Schultyp neben den herkömmlichen anderen ist. Dabei ist diese leider zur gefürchteten „Restschule“ verkommen.
2. Echte Gesamtschulen müssen die SchülerInnen optimal fordern und fördern. Dazu bedarf es eines wesentlich größeren Einsatzes von Mitteln, um individuellere Zuwendung der PädagogInnen zu ermöglichen! Vor Wahlen versprochen, danach höchstens bei den KlassenschülerInnen-Höchstzahlen zugestanden: „Mit bloßen Umschichtungen ist es sicher nicht getan!“ kritisieren die Unabhängigen GewerkschafterInnen.
3. Befürchtet werden negative Auswirkungen auf alle Schultypen: „Wir steuern auf zunehmende Schäden an allen Schultypen zu: Durch den Rückgang der SchülerInnenzahl verlieren die Hauptschulen Klassen und Dienstposten, da die *Gymnasien* alle SchülerInnen aufnehmen werden, denen in der Volksschule die AHS-Reife bescheinigt wird,“ so Mayr und Wintersberger.

Die von den Unabhängigen LehrerInnen befürchteten Folgen für die unterschiedlichen Schultypen:

In den Volksschulen wir das Erreichen der AHS Reife oberstes Ziel! Dadurch kommen SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen gewaltig unter Druck.

Den Hauptschulen gingen dadurch die so wichtigen mehr- und hochbegabten Kinder verloren. Die Gefahr zur „Restschule“ zu verkommen – im städtischen Bereich bereits jetzt Realität – wird immer akuter. Zwangsläufig sinkt auf längere Sicht das Niveau an der Schule. „Dasselbe passiert in den *Gymnasien*, wo AHS-KollegInnen mit immer inhomogeneren Gruppen zu kämpfen haben. Sie sind für Individualisierung und innere Differenzierung beim Fördern und Fordern ja nicht ausgebildet,“ so die KULI/UG-Vertreter. Nun wäre es Aufgabe der InteressensvertreterInnen der PädagogInnen, diese Zwangssituation zu entschärfen. In Österreich denkt man allem Anschein nach in keinsten Weise daran.

„Wir Unabhängigen PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen fordern daher:

1. deutliche Aufstockung der Mittel für mehr Dienstposten an allen Schulen!
2. *Echte* Gesamtschulversuche zur Evaluierung des Ergebnisses
3. Gemeinsame universitäre Ausbildung aller PädagogInnen in Kooperation mit den Pädagogischen Hochschulen! ■

UGÖD: PISA-Frage an den Gewerkschaftsvorsitzenden Neugebauer:

Wie schlecht war Gehrer wirklich? Wann legt der Gewerkschaftsvorsitzende den ÖVP-Bildungssprecher zurück?

Durch Stundenkürzungen, Streichen von Übungen und Freifächern und Auffüllen der Klassen auf 30 und mehr SchülerInnen wurden unter der ÖVP-Bildungsministerin Gehrer LehrerInnen dienstposten eingespart und die Arbeitsbedingungen der LehrerInnen und SchülerInnen nachhaltig verschlechtert – auf Kosten der Bildung wurde mehr als 10 Jahre lang die so genannte „Budgetsanierung“ betrieben.

Der Dienstpostenabbau, das Herausnehmen der Klassenvorstands-, Schülerberatungs- und Kustodiatstätigkeiten (Betreuung von Lehrmitteln, von naturwissenschaftlichen Sammlungen u. ä.) führte zu einer „kalten“ Arbeitszeiterhöhung der LehrerInnen.

Die neoliberale Budgetpolitik und parteipolitische Vorurteile führten zum Reformstillstand, insbesondere im Bereich der Mittelstufe. Eine breite Schuldiskussion und flächendeckende Versuche zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen aller Kinder, zur Auflösung von Ghettoschulen und Bildungssackgassen und damit zur besseren Förderung der Kinder aus sozial benachteiligten Schichten haben unter Gehrer nicht stattgefunden

Die Anhebung der LehrerInnenausbildung auf Universitätsniveau (mindestens 8 Semester Master-Studien) für alle LehrerInnen wurde versäumt. Mit der Umbenennung der Pädagogischen Akademien in Pädagogische Hochschulen wurden die nur 6-semestrige Ausbildung und die schlechtere Bezahlung der PflichtschullehrerInnen weiter einzementiert.

Ministerin Gehrer hat ihre Leistungen schon Anfang der 1970er Jahre vor demonstrierenden LehrerInnen in Vorarlberg auf den Punkt gebracht: „Ich habe ein Budget zu sanieren, und damit basta!“

Die PISA-Frage an den Gewerkschaftsvorsitzenden:

„So schlecht kann Gehrer nicht gewesen sein.“ Stammt dieses Zitat im Standard, 3. Dezember 2007, PISA-Seite 2, (A) vom Hauptschullehrer und Gewerkschafter Neugebauer oder (B) vom Gehrer-Parteifreund und ÖVP-Bildungssprecher?

Die Unvereinbarkeits-Frage an den ÖVP-Bildungssprecher:

Nicht nur der Gehrer-Sager im Standard, auch der mit mehrmaligen Verhandlungsabbrüchen und viel Theaterdonner kassierte und am Ende doch vor allem partei- und regierungskonforme Gehaltsabschluss der GÖD zeigt, wie notwendig der Rückzug Neugebauers aus der Partei- und Regierungspolitik ist. ÖVP-Partei- und Gewerkschaftsarbeit im Interesse der öffentlich Bediensteten und der öffentlichen Dienste, im Interesse der LehrerInnen und der österreichischen Schule lassen sich nicht vereinbaren: Wann legt der GÖD-Vorsitzende den ÖVP-Bildungssprecher zurück und widmet sich voll seinen gewerkschaftlichen Aufgaben? ■

Presseaussendungen von:

- KULI/UG: Kritische Unabhängige LehrerInneninitiative/Unabhängige GewerkschafterInnen, www.kuli.net
- UGÖD: Unabhängige GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, www.ugoed.at.



Eine Unzahl von Löhnen und Gehältern wurden mit 1. Jänner 2008 erhöht. Die Abschlüsse gelten in der Regel für ein Jahr und orientieren sich an den Prognosen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Wie sind diese aus verteilungspolitischer Sicht zu bewerten? *Von Fritz Schiller.*

GERECHTER LOHN?

Die letzten Kollektivvertragsverhandlungen versprachen spannend zu werden: seit langem wurde in der österreichischen Öffentlichkeit wieder eine breite Verteilungsdebatte geführt, unterstützt durch aktuelle Daten der OECD. Die Lohnquote – also der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen – ist von 1976 bis 2007 von 80 auf knapp über 65 Prozent gefallen. Im gleichen Zeitraum stieg die Gewinnquote von 20 auf 34,6 Prozent. Löhne und Gehälter blieben hinter der wirtschaftlichen Entwicklung deutlich zurück, in den unteren Einkommenschichten kam es sogar zu deutlichen Reallohneinbußen. Der ÖGB, vom Krisenjahr 2006 schwer gebeutelt, brauchte dringend Erfolge und verkündete im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen – angesichts günstiger Konjunkturdaten – den gerechten Anteil für die ArbeitnehmerInnen am wirtschaftlichen Wachstum einzufordern und „kräftig zuzulangen“. Die Zeit der Zurückhaltung sei vorbei, man lasse sich nicht mit „Peanuts“ abspesen. Der SPÖ-Sozialminister Buchinger forderte Lohnerhöhungen von vier Prozent. In den Medien wurde schon von einem „heißen Herbst“ gesprochen. Nun sind die Lohnrunden einmal vorbei.

DIE ABSCHLÜSSE

Den Abschlüssen vorangegangen waren teilweise langwierige Kollektiv-

vertragsverhandlungen, am längsten benötigte die vda bei der Bundesbahn mit acht Verhandlungsrunden. In der Brauindustrie waren sechs Verhandlungsrunden, bei den Molkereien fünf und eine Betriebsrätekonferenz notwendig und auch die Öffentlich Bediensteten verhandelten fünf Mal, um einen Abschluss zu bekommen. Unterstützende Streiks für diese Lohnrunden sind nicht bekannt.

DIE ERGEBNISSE

Welche Ergebnisse konnten nun erzielt werden? Die folgende Analyse bezieht sich ausschliesslich auf die Höhe der Lohn- und Gehaltssteigerungen.

Die Lohnführerschaft fiel wie jedes Jahr der Metallindustrie/Bergbau zu. Die VerhandlerInnen von GMTN und GPA erreichten für 164.000 Beschäftigte eine Erhöhung ab 1. November 2007 der Kollektivvertragslöhne um 3,6 Prozent (Ist-Gehälter +3,5 Prozent). Zusätzlich dazu gibt es eine Einmalzahlung von 200 Euro. Ist das EBIT (Jahresüberschuss eines Unternehmens vor Zinsen und Steuern) kleiner als 6 Prozent des Betriebserfolges, werden 150 Euro ausbezahlt, ist das EBIT kleiner als Null entfällt die Einmalzahlung. Der Mindestlohn wurde mit 1402,32 Euro festgelegt.

Die wichtige Gruppe der öffentlich Bediensteten mit rund 383.000 Beschäftigten erhält ab 1. Jänner eine Erhöhung von 2,7 Prozent plus einer Einmalzahlung von 175 Euro. Im Durchschnitt ist das eine Erhöhung um 3,3 Prozent. Im Bankenbereich – oder Finance, wie er neudeutsch genannt wird – konnten das GPA-Verhandlungs-

team eine Erhöhung der KV-Gehälter um 3,3 Prozent herausverhandeln. Zusätzlich wurde eine Erhöhung der Arbeitgeber-Pensionskassenbeiträge um 0,2 Prozent auf 2,7 Prozent vereinbart. Das ergibt im Mittel eine Erhöhung von 3,5 Prozent. Das prinzipielle Problem bei Einmalzahlungen wie auch gewinnabhängigen Lohnbestandteilen ist dabei, dass diese – im Unterschied zu kollektivvertraglich abgesicherten prozentualen (oder in Form von Fixbeträgen erreichten) Lohn- bzw. Gehaltssteigerungen – keine nachhaltige Wirkung für kommende KV-Verhandlungen entfachen.

Eine sehr risikoreiche Strategie verfolgten die Verhandler der Gewerkschaft Bau-Holz. Sie schlossen für einige Branchen wie z.B. dem Holz- und Kunststoff verarbeitenden Gewerbe Kollektivverträge über 24 Monate ab. Es wurden zwei Etappen vereinbart, die erste beginnend vom 1. Mai 2007, die zweite ein Jahr darauf. Die Steigerung der KV-Löhne für beide Etappen wurde ebenfalls schon fixiert. In der 1. Etappe beträgt die Erhöhung höchstens 2,55 Prozent, mindestens 2,5 Prozent, in der 2. Etappe höchstens 2,5 Prozent und mindestens 2,4 Prozent. Das Risiko dieser Verhandlungsstrategie besteht in der zu langen Laufzeit, da sich die wichtigsten makroökonomischen Kennzahlen (Inflation, Produktivität, Wachstum etc.) auf diese Frist äusserst ungenau einschätzen lassen.

Einen Überblick über ausgewählte Branchen gibt Tabelle „Kollektivvertragsabschlüsse in ausgewählten Branchen“: In den Spalten KV-Löhne, Durchschnitt(slöhne) und Ist(löhne) sind die prozentuellen Erhöhungen der

FRITZ SCHILLER

IST ÖKONOM, BETRIEBSRATSVORSITZENDER UND AUGÉ/UG-VERTRETER IM BUNDESVORSTAND DER GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN.

Kollektivvertragsabschlüsse in ausgewählten Branchen

Branche	gültig ab	KV-Löhne (%)	Durchschnitt (%)	Ist (%)	Beschäftigte
Metallindustrie/Bergbau/Gas & Wärme	1. 11. 2007	3,60		3,50	164.000
Obst- Gemüse-, Tiefkühlindustrie	1. 12. 2007	2,85	3,00		2.000
Arbeitskräfteüberlassung	1. 1. 2008	3,50			56.000
Ausseruniversitäre Forschung	1. 1. 2008	3,50		3,20	1.500
BAGS	1. 1. 2008	3,00		3,00	75.000
Gewerbe+Handwerk, Information+Consulting	1. 1. 2008		2,70		130.000
Handel	1. 1. 2008	3,10			512.000
Kfm Ang im Zeitschriftenverlag	1. 1. 2008	3,40	3,25		3.000
Metallgewerbe	1. 1. 2008	3,50		3,10	112.000
Öffentlich Bedienstete	1. 1. 2008	2,70	3,30		383.000*)
Post	1. 1. 2008	3,00			23.000
Süsswaren	1. 1. 2008	3,00			3.000
Wiener Werbung	1. 1. 2008	3,00			6.000
Banken	1. 2. 2008	3,30	3,50		70.000

*) eigene Schätzung

Preise, Arbeitsproduktivität und Löhne in Österreich

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007e ⁸⁾	2008e ⁸⁾
Preise ¹⁾	1,7	1,3	1,9	2,1	1,7	2,2	2,67)
Produktivität ²⁾	1,1	1,0	2,0	1,2	1,7	1,6	1,8
Verteilungsneutraler Spielraum ³⁾	2,8	2,3	3,9	3,3	3,4	3,9	4,4
Nominallohn ⁴⁾	2,1	1,8	1,6	2,5	2,4	2,4	2,7
Reallohn ⁵⁾	0,7	0,6	-0,4	0,7	0,7	0,2	0,7
Verteilungsbilanz ⁶⁾	-0,6	-0,5	-2,2	-0,7	-1,0	-1,4	-1,6

¹⁾ Harmonisierter Verbraucherpreis (HVPI), Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr; Quelle: OeNB

²⁾ Reales BIP pro Beschäftigte, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

³⁾ Preise plus Produktivität, eigene Berechnungen, ln

⁴⁾ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

⁵⁾ real compensation per employee, gdp deflator

⁶⁾ Nominallohn minus Verteilungsneutraler Spielraum, eigene Berechnungen, ln

⁷⁾ Schätzung des Wifos für den VPI

⁸⁾ Schätzung Eurostat

Quelle: ameco datenbank (Eurostat)

Löhne und Gehälter angeführt. Die Kollektivvertragslöhne stellen die Untergrenze der Entlohnung für eine Branche dar. Sie unterscheiden sich von den Effektiv- oder Istlöhnen, die sich aus den Kollektivvertragslöhnen und Überzahlungen (z.B. Zulagen etc.) zusammensetzen. Werden die einzelnen Gehaltsgruppen unterschiedlich erhöht, so wird in der Tabelle die verfügbare durchschnittliche Erhöhung der Branche angegeben.

KV-ABSCHLÜSSE – EINE BEWERTUNG

Wie sind nun diese KV-Abschlüsse zu bewerten? Als Maßstab dafür ist das Prinzip einer produktivitätsorientierte Lohn- und Gehaltspolitik heranzuzie-

hen. Sie ist heute relativ unbekannt, obwohl sie die langjährige offizielle Lohnleitlinie der österreichischen Gewerkschaften ist.

Im Wirtschaftsprogramm des ÖGB-Bundeskongresses 2007 heisst es dazu: „Der ÖGB bekennt sich in seiner Lohnpolitik zu einer Orientierung der Lohnsteigerung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung. Die Orientierung an der gesamtwirtschaftlichen und weniger der branchenspezifischen Produktivitätsentwicklung ist dabei Ausdruck der solidarischen Lohnpolitik. In Bereichen mit hohen Produktivitätssteigerungen ermöglicht die Ausrichtung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität eine Kostenentlastung, die in die Preise weitergegeben werden kann und damit in Branchen

mit geringer Produktivitätsentwicklung höhere Reallohnsteigerungen erlaubt.“

Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgt zwei Ziele: Verteilungsgerechtigkeit und Nachfragestabilisierung. Das wird durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter (nominell) um die Steigerung der Verbraucherpreise (HVPI) sowie um Erhöhung um die (Durchschnitts-)Produktivität erreicht. Es wird dadurch eine gerechte Aufteilung der Produktivitätsgewinne erzielt (die Lohnquote am gesamten BIP bleibt konstant). Inflation und Produktivität bilden dabei den verteilungsneutralen Spielraum. Betrachtet man zunächst die Reallohnentwicklung in Österreich, so ist nur eine geringfügige

Bitte umblättern

Quelle: Broschüre des ÖGB



Erhöhung in der Periode von 2002 bis 2007 festzustellen. Sie beträgt 0,3 Prozent p.a. Die Nominallöhne und die Inflationsrate haben sich im Vergleichszeitraum um 1,8 Prozent p.a. bzw. 1,5 Prozent p.a. erhöht. Die Arbeitsproduktivität erhöhte sich von 2002 auf 2007 um 1,2 Prozent p.a. Sie gibt das Verhältnis des realen Bruttoinlandsprodukts zu den Beschäftigten an.

Für 2007 wird der verteilungsneutrale Spielraum 3,9 Prozent betragen. Endgültige Zahlen sind noch nicht verfügbar. Alle KV-Abschlüsse aus dem letzten Jahr unter 3,7 Prozent liegen somit unter dem wünschenswerten verteilungsneutralen Spielraum. Zieht man vom Nominallohn die Inflationsrate und die Produktivität ab, gelangt man zur Verteilungsbilanz. Ist sie positiv, haben die VerhandlerInnen der Gewerkschaften die Vorgaben der produktivitätsorientierten Lohn- und Gehaltspolitik erfüllen können. Das ist für die Periode von 2002 bis 2007 in jedem einzelnen Jahr nicht der Fall.

Für die KV-Abschlüsse für 2008 ist ebenfalls Pessimismus angebracht. Der verteilungsneutrale Spielraum wird sich höchstwahrscheinlich durch eine höhere Inflationsrate (das Wifo schätzt den VPI auf 2,6 Prozent) auf rund

4,4 Prozent erhöhen. Selbst wenn die Inflationsrate Ende 2008 nicht so hoch ausfallen wird, die Benchmark ist beträchtlich.

Der höchste Abschluss für 2008 konnte in der Metallindustrie/Bergbau-Industrie erzielt werden. Berücksichtigt man die Einmalzahlung von 200 Euro zusätzlich zur 3,6 Prozent Erhöhung, so könnten, nach der Einschätzung der VerhandlerInnen, die Lohn- und Gehaltserhöhung bis zu 4 Prozent betragen. Verglichen mit dem angenommenen verteilungsneutralen Spielraum von 4,4 Prozent wäre das eine Nichtausnützung von 0,4 Prozent.

Da alle anderen KV-Abschlüsse darunter liegen, ist höchstwahrscheinlich nicht mit einer fairen Abgeltung zu rechnen, die den Forderungen der produktivitätsorientierten Lohnpolitik genügt. Die Reallöhne werden mit grosser Wahrscheinlichkeit bei einer weiter steigenden Inflation (die Inflationsrate für Dezember 2007 lag bei 3,6 Prozent), wenn überhaupt, nur geringfügig steigen. Das wäre damit eindeutig zu wenig für die österreichischen ArbeitnehmerInnen.

ug-oegb.at

auge.or.at

gug.or.at

kiv.at

угоed.at

we4you-ug.at

Das Buch „Wem gehört der Wohlstand?“ versucht einen Bedarf zu decken, den *Markus Marterbauer* in zahlreichen Fragen und Diskussionsbeiträgen bei öffentlichen Vorträgen sowie in den Reaktionen auf seine Kommentare in der Wiener Stadtzeitung „Falter“ immer wieder feststellen konnte.

GERECHTE VERTEILUNG?

Viele Menschen halten das Thema der gerechten Verteilung des vorhandenen Wohlstandes für viel bedeutender, als es von der Politik in den letzten Jahren wahrgenommen wurde. Doch sie fragen sich, ob dieser Anspruch in einer Welt der Globalisierung, des intensiven Wettbewerbs zwischen den Unternehmen und des raschen technologischen Fortschritts überhaupt einlösbar ist.

Denn von vielen Politikern, Medien und Wirtschaftsexperten wird erklärt, dass an einer ungleichen Verteilung kein Weg vorbei führt. Um mit den Billigjobs in China konkurrieren zu können, müssten bei uns die Löhne sinken, vor allem im Bereich der nicht ausreichend Qualifizierten. Der Wohlfahrtsstaat sei wegen der Globalisierung und der demographischen Entwicklung nicht mehr leistbar, der Abbau von Sozialleistungen und der Ausbau privater Pensionsvorsorge unumgänglich. Eingespart werden müsse auch bei anderen öffentlichen Leistungen, etwa in der Ausbildung, im Gesundheitswesen oder in der Wohnbauförderung. Dies sei auch deshalb notwendig, um die Steuern weiter senken zu können: vor allem die Lohnnebenkosten, die die Arbeit über Gebühr verteuerten, die Unternehmenssteuern, die die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigten, die Steuern auf Vermögen und Erbschaften, die zu großen bürokratischen Aufwand bedeuteten, und jene für Spitzenverdiener, weil diese den Großteil der Steuerlast zu tragen hätten.

Diese neoliberale Sichtweise entspricht den wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EU und der Praxis der österreichischen Regierungspolitik der Jahre 2000 bis 2006. Doch diese Politik hat zu einer schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt geführt. Im Durchschnitt des Jahres 2006 haben in Österreich mehr als 240.000 Menschen erfolglos Arbeit gesucht. Berücksichtigt man auch Arbeitslose, die nicht offiziell als solche gezählt werden, wie Teilnehmer an Schulungen, Bezieher von Pensionsvorschusszahlungen, vorgemerkte Stellensuchende und kranke Arbeitslose, dann erhöht sich die Zahl auf etwa 340.000: um 80.000 Personen mehr als noch im Jahr 2000 und ein Rekordstand in der Zweiten Republik. Zwar hat in den letzten Jahren auch die Zahl der Beschäftigten zugenommen, allerdings nicht jene in Vollzeitjobs, die merklich zurückgingen, sondern in Teilzeitarbeit, die nicht immer freiwillig erfolgt und oft mit sehr geringem Einkommen verbunden ist. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Zunahme schlecht bezahlter Jobs bilden zwei besonders markante Ausprägungen der rasch voranschreitenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Sie bezeichnen auch die deutlicher werdende Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen. Das untere Drittel steht heute deutlich schlechter da als noch vor zehn Jahren: Die Einkommen von teilzeitbeschäftigten Frauen, Langzeitarbeitslosen und ungenügend ausgebil-

deten Migranten bleiben weit hinter dem Durchschnitt zurück, auch zahlreiche „neue Selbständige“ oder Jugendliche mit immer neuen befristeten Jobs zählen zu den Verlierern. Doch auch um die Einkommen der Mittelschicht ist es schlecht bestellt. Selbst die Bezieher eines mittleren Einkommens verfügen heute über ein reales Nettogehalt, das niedriger ist als vor zehn Jahren. Die Unsicherheit in Bezug auf den Arbeitsplatz und die soziale Absicherung ist merklich gestiegen. Kein Wunder, dass viele Umfragen eine wachsende Unzufriedenheit in breiten Kreisen der Bevölkerung spiegeln.

Der Rückgang bei den Einkommen der Unter- und Mittelschicht erfolgt allerdings in einer Zeit, in der das gesamte Volkseinkommen wächst. Allein in den letzten zehn Jahren hat es sich real um etwa ein Viertel erhöht. Die kräftigen Zuwächse sind jedoch am anderen Ende der Einkommensskala zu verzeichnen. Die Erträge aus dem Besitz von Finanz- und Grundvermögen, die Gewinne der Unternehmen sowie die Gehälter der hohen Angestellten sind besonders rasch gestiegen. Dies zeigt wie krass unterschiedlich die Verteilung im zunehmenden wirtschaftlichen Wohlstand ist. Für manche steigen Lebensstandard und akkumuliertes Vermögen mit enormem Tempo, andere hingegen merken gar nichts von der vorhandenen Prosperität. Die Neolibe-

Bitte umblättern

ralen halten Ungleichheit für notwendig, um wirtschaftlichen Erfolg erzielen zu können. Sie bringen einseitig die ökonomischen Interessen der großen Unternehmen, der Spitzenverdiener und der Besitzer von Vermögen zum Ausdruck. Die berechnete Diskussion um die Auswirkungen der Globalisierung, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, die Alterung der Gesellschaft, die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit, die notwendige Reform des Steuersystems und die Schwerpunkte der Staatstätigkeit wird bloß dazu benutzt, um Argumente für die Umverteilung der Einkommen nach oben zu verbreiten.

Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die eine gerechte Verteilung anstrebt, muss zunächst nach den Ursachen dafür suchen, warum der Abstand zwischen Arm und Reich sich immer mehr vergrößert. Dabei stößt man auf viele Gründe. Ein wenig progressives Steuersystem und manche Defizite im Sozialstaat zählen sicherlich dazu. Dabei ist die hohe Arbeitslosigkeit besonders bedeutend. Denn sie führt zur Schwächung der Gewerkschaften, der Menschen, die durch ungenügende Ausbildung oder Betreuungspflichten benachteiligt sind, und bringt den Wohlfahrtsstaat in Finanzprobleme. Deshalb wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit ja auch von der neoliberalen Politik toleriert, manchmal sogar offen betrieben. Eine Politik, die an einer gerechten Verteilung von Einkommen und Lebenschancen orientiert wäre, müsste deshalb vor allem bei einer Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ansetzen. Dabei geht es nicht nur um mehr Jobs, sondern auch um eine Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze und der Höhe der Einkommen. Doch eine Verringerung der Rekord-Arbeitslosigkeit ist kein einfaches Unterfangen, sondern wäre nur das glückliche Ergebnis vieler verschiedener Maßnahmen einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

In der Öffentlichkeit werden die hohen Lohnkosten als wesentliche Ursache für Arbeitslosigkeit angesehen. Doch ist Arbeit wirklich zu teuer? Dieses Buch zeigt, dass es keine Hinweise auf zu hohe Lohnkosten gibt. Die großen Erfolge beim Export von Gütern und Dienstleistungen, die starke Ausweitung der Industrieproduktion und

die zahlreichen ausländischen Investitionen belegen die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs als Produktionsstandort. Das zentrale wirtschaftliche Problem der letzten Jahre dürfte nicht in mangelnder Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Ländern mit niedrigen Löhnen und Steuern bestehen, sondern viel eher in der fehlenden Übertragung der hohen Gewinne, die im Export und bei den internationalen Investitionen erzielt werden, auf die heimische Konsumnachfrage. Für die Konsumschwäche gibt es zahlreiche mögliche Ursachen, denen von der Wirtschaftsforschung ernsthaft nachgegangen werden sollte: allen voran das schwache Wachstum der verfügbaren Einkommen. Löhne sind eben nicht nur Kosten für die Unternehmen, die im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit niedrig sein sollten, sondern auch Einkommen, deren Anstieg den Konsum beflügelt. Eine Wirtschaftspolitik, die sich nur darum bemüht, die Kostenbelastung für die Betriebe zu drücken, bekommt unweigerlich die Rechnung schwacher Konsumnachfrage präsentiert.

Auch die zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung kann bremsend auf den Konsum wirken. Die Gutsituierten sparen einen großen Teil ihres Einkommens. Wachsen ihre Einkommen rascher als jene der konsumfreudigen Unter- und Mittelschicht, so schwächt sich insgesamt die Konsumnachfrage ab. Wenn sich zudem Ausbildungsniveau, Gesundheitszustand und gesellschaftliche Integration der „kleinen Leute“ und ihrer Kinder verschlechtern, dann führt das zu einer Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts und damit der langfristigen Wachstumsaussichten der Wirtschaft. Wirtschaftspolitik, die sich primär um die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen für die oberen Hunderttausend bemüht, kann in einen gefährlichen Teufelskreis geraten. Mehr Ungleichheit führt zu schwachem Wirtschaftswachstum, der verhaltene Anstieg der Produktion löst steigende Arbeitslosigkeit aus. Die Folge der Krise auf dem Arbeitsmarkt ist dann ein weiteres Aufgehen der Schere in der Verteilung der Einkommen.

In den letzten Jahren prägte auch die Zurückhaltung der Unternehmen bei der Investitionstätigkeit die schwa-

che Konjunktur. Gesamtwirtschaftlich macht es einen entscheidenden Unterschied, ob die hohen Gewinne in Aktien und Immobilienfonds angelegt oder produktiv in neue Maschinen, Gebäude, in die Ausbildung der Mitarbeiter oder in Innovation und Forschung investiert werden. Die markante Senkung der Gewinnsteuern in den letzten Jahren lässt es den Unternehmern offen, wofür sie ihre Erträge verwenden, ein gesamtwirtschaftlich wenig sinnvolles Anreizsystem. Deshalb erscheint es mir notwendig, Vorschläge für eine Reform der Besteuerung von Vermögen und Vermögenserträgen sowie Unternehmensgewinnen zu entwickeln. Aus dem Zusammenspiel dieser Steuerarten können Anreize für die Unternehmen entstehen, von denen die gesamte Wirtschaft profitiert.

Trotz des engen Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bezweifeln viele heute zu Recht, dass die Zahl der Arbeitslosen in absehbarer Zeit allein durch eine erfolgreiche Wachstumspolitik entscheidend reduziert werden kann. Die dafür benötigten Raten des Wirtschaftswachstums wären wahrscheinlich unrealistisch hoch. Deshalb gilt es, moderne Formen der Gestaltung und Verkürzung der Arbeitszeit zu finden. Im Buch wird dargestellt, welche internationalen Beispiele als Vorbilder dienen können. Arbeitszeitverkürzung ist vor allem dann ein relevantes Instrument der Politik, wenn ein Überschuss an Arbeitskräften besteht. Doch befürchten nicht viele für die nächsten Jahrzehnte aufgrund der Alterung der Gesellschaft vielmehr eine bevorstehende Knappheit an Arbeitskräften?

Ich zeige, wie groß die vorhandenen Potentiale an zusätzlichen Arbeitskräften sind und welche wirtschaftlichen und sozialen Chancen eine höhere Nachfrage nach Arbeitskräften für Jugendliche, Arbeitslose, Frauen und Ältere bieten würde. Noch vor wenigen Jahrzehnten wurde statt dem Begriff der Arbeitskräfteknappheit jener der Vollbeschäftigung verwendet, und diese galt als wichtigstes Ziel der Wirtschaftspolitik. Heute ist sie ganz aus dem Blickwinkel der Wirtschaftspolitik verschwunden. Dabei wäre Vollbeschäftigung entscheidend für die Bewältigung des großen Problems, dass die Einkommen so ungleich verteilt sind.

Wodurch kam es überhaupt zum raschen Aufgehen der Schere in der Einkommensverteilung? Warum bleiben die Einkommen der Frauen im Handel weit hinter jenen der Männer in der erfolgreichen Exportwirtschaft zurück? Warum steigen die verfügbaren Einkommen der unselbständig Beschäftigten fast nicht, während die Einkommen aus dem Besitz von Vermögen oder Unternehmen sprunghaft wachsen?

Verteilungsfragen gehören zu den umstrittensten Themen der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. Ist ungleiche Verteilung der Einkommen notwendig für den wirtschaftlichen Erfolg, oder ist sie das zentrale Hindernis? Eine Umverteilung zugunsten der Armen bedeutet notwendigerweise, dass den Reichen etwas weggenommen werden muss. Deshalb sind Verteilungsfragen besonders umstritten. Was ist eine gerechte Verteilung der Einkommen? Für die Mehrheit der Bevölkerung würde sie ganz klar mehr Gleichheit aufweisen. Dies reicht als plausible Handlungsbasis für die Politik. Doch wie groß sind die Spielräume der Verteilungspolitik? Die größten Ungleichgewichte treten schon auf, bevor der Staat über Steuern und Sozialsystem eingreifen kann. Das kann mit der Internationalisierung der Wirtschaft zu tun haben, die den Besitzern von Finanzvermögen und den Unternehmen weit mehr Freiheiten ermöglicht als den Arbeitnehmern, aber auch mit einer Gewerkschaftspolitik, die Gehaltsabschlüsse meist in Form von prozentuellen Erhöhungen vornimmt und damit bestehende Einkommensunterschiede verstärkt. Hier gilt es, über Alternativen nachzudenken, etwa durch Einkommenserhöhungen in Form von Absolutbeträgen.

Das Steuersystem wird von vielen für das wichtigste Instrument der Umverteilung zwischen Reich und Arm gehalten. Die Hauptlast der Steuerleistung, so ein verbreiteter Mythos, liege auf den Schultern der „Leistungsträger“. Eine genauere Auseinandersetzung mit der Frage, wer die Steuern wirklich bezahlt, fördert jedoch interessante Erkenntnisse zutage. Auch im Vergleich mit anderen EU-Ländern belastet unser Abgabensystem die unteren und mittleren Einkommensgruppen stärker als die Spitzenverdiener und Vermögensbesitzer.

Die Steuerreform 2004/2005 hat die Probleme unseres Steuersystems

weiter verschärft. Die Steuersenkung betraf die Unternehmenssteuern und die Einkommensteuer und kam deshalb überwiegend den oberen Gruppen zugute. Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sind hingegen meist die Verlierer von Steuersenkungen, da die Steuerentlastung durch Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialtransfers finanziert wird; davon ist die Unter- und Mittelschicht besonders negativ betroffen. Reformen für ein Steuersystem der Zukunft sollen deshalb nicht bei einer generellen Senkung der Steuerbelastung ansetzen, sondern die Struktur der Abgaben verändern, manche Steuern kräftig erhöhen, andere wieder verringern. Insgesamt ist es die wichtigste Aufgabe des Steuersystems, jene Einnahmen zu sichern, die für die Finanzierung des Sozialstaates und der Investitionen in die Zukunft gebraucht werden. Nur so können Impulse für die soziale und wirtschaftliche Erneuerung ausgelöst werden. Wie könnte also ein modernes Steuersystem der Zukunft aussehen? Im Buch werden detaillierte Vorschläge zu einer Reform des Systems der Einkommenssteuern und Sozialversicherungsbeiträge vorgelegt, die vor allem die Verteilung der Nettoeinkommen innerhalb der unselbständig Beschäftigten gerechter machen und so auch gesamtwirtschaftlich positive Auswirkungen mit sich bringen. Besonders wichtig ist es, die Vermögenssteuern zu reformieren, weil sie derzeit ein äußerst niedriges Aufkommen aufweisen und verschiedene Vermögensformen ganz unterschiedlich besteuert werden. Schließlich wird die Entwicklung der Unternehmenssteuern kritisiert und ein Reformvorschlag unterbreitet, der die notwendige Harmonisierung auf EU-Ebene berücksichtigt.

Die Anforderungen an die Budgetpolitik der nächsten Jahre sind hoch. Sie muss nicht nur das hohe Defizit in den Griff bekommen, sondern auch eine Verschiebung der Staatsausgaben zugunsten eines Ausbaus der Infrastruktur, einer Verbesserung des Systems der Aus- und Weiterbildung, einer Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und einer Bekämpfung der Armut schaffen. Wird dabei ein Schwerpunkt auf eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Lebenschancen gelegt, so könnte sich das in zwei Bereichen auch

gesamtwirtschaftlich als besonders ertragreich erweisen. Zum ersten bei Investitionen in Kinder aus den unteren sozialen Schichten, für die die Chancengleichheit nicht mehr gegeben ist. Ein verstärktes Augenmerk auf die Förderung benachteiligter, armutsgefährdeter Kinder führt langfristig zu sicheren Arbeitsplätzen und hohem Einkommen, beschleunigt Konsumnachfrage und Produktivitätsfortschritt und löst ein steigendes Aufkommen an Steuern und Beiträgen aus. Kurzum es handelt sich um gesamtwirtschaftlich ertragreiche Investitionen, die auch die Finanzierbarkeit des Sozialstaates erleichtern. Zum zweiten bei der Verbesserung der Frauenerwerbstätigkeit. Österreich weist im Vergleich zu den skandinavischen Ländern geringere Frauenerwerbsquoten auf, und die Einkommen, die Frauen erzielen, sind vor allem im unteren Qualifikationsbereich sehr niedrig. Was sind die wichtigsten Maßnahmen, um diesen Problemen zu begegnen? Welche Auswirkungen hätten sie auf die gesellschaftliche Gleichstellung, die Vermeidung von Armut unter Kindern, die Schaffung einer eigenständigen sozialen Absicherung für Frauen und die langfristige Finanzierbarkeit des Pensionssystems?

Die finanzielle Belastung durch die erwartete Alterung der Gesellschaft wäre mit einer erfolgreichen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu bewältigen; entscheidend für die Finanzierbarkeit ist ja nicht die Zahl der zu versorgenden Pensionisten, sondern die Höhe des erwirtschafteten Volkseinkommens, aus dem die Pensionen bezahlt werden. Sicherlich sind im Pensionssystem weitere Reformen geboten. Doch bildet unser Pensionssystem überhaupt eine reformierbare Basis oder sollte es möglichst rasch von einem System kapitalgedeckter privater Pensionsvorsorge abgelöst werden? Wo sollen Reformen im Umlagesystem ansetzen? Welche gesamtwirtschaftlichen Folgen bringt das private Sparen für die Pension mit sich, das von Medien, Experten, Versicherungen und Banken so vehement gefordert wird?

In diesem Buch wird gezeigt, wie groß die Spielräume der Politik sind, die Probleme hoher Arbeitslosigkeit, ungleicher Verteilung der Einkommen und

Bitte umblättern

schwachen Wirtschaftswachstums zu bewältigen. Doch in einer Wirtschaft, die von starker internationaler Verflechtung im Handel mit Gütern und Dienstleistungen, hohen Investitionen zwischen den Volkswirtschaften und regen kurzfristigen Finanzflüssen gekennzeichnet ist, stellt sich die Frage, auf welcher Ebene Wirtschaftspolitik möglich ist. Tatsächlich wird die EU als wichtige Ebene der Politik nach wie vor nicht ausreichend wahrgenommen. Reicht es, den Binnenmarkt zu verwirklichen und immer weiter auszudehnen und dies nur um eine unabhängige Zentralbank zur Sicherung der Preisstabilität und einen Pakt zur Verhinderung von Budgetdefiziten zu ergänzen, wie es die Neoliberalen wollen? Oder ist es nicht vielmehr notwendig, die europäische Ebene für eine Politik zu stärken, die die länderverbindende Infrastruktur ausbaut, in benachteiligte Regionen investiert, gemeinsam die drängenden Probleme hoher Arbeitslosigkeit und nicht ausreichender Chancen für die Jugend angeht und Europa als starken Akteur auf der Weltbühne verankert?

Ähnliches gilt für die globale Ebene: Ist es ausreichend, den Handel zu liberalisieren, die Investitionen der multinationalen Konzerne zu schützen und den Finanzmärkten möglichst wenige Regeln aufzuerlegen, wie es die weltweit tätigen Unternehmen und die Besitzer großer Finanzvermögen wollen? Oder gilt es Maßnahmen zu setzen, die die potentiellen Gewinne aus der Globalisierung allen Bevölkerungsschichten in den hochentwickelten Ländern wie auch in den Entwicklungsländern zugute kommen lassen? Globalisierung kann ohne Zweifel den Wohlstand für alle Menschen erhöhen. In der Form, in der sie derzeit betrieben wird, tut sie das allerdings nicht, sondern nützt nur wenigen.

Schweden gilt als besonders interessantes Modell, da es dort gelungen ist, den Wohlfahrtsstaat, der viel umfassender ausgebaut ist als in Österreich, mit großer Aufgeschlossenheit gegenüber technologischen Innovationen und wirtschaftlichem Erfolg zu verbinden. Schweden weist im Vergleich zu anderen EU-Ländern einen hohen Beschäftigtenstand auf, vor allem bei Frauen, eine gute soziale Absicherung, auch der Arbeitslosen, umfangreiche Investitionen in Aus- und Weiterbildung, eine breite Versorgung mit öf-

fentlichen Betreuungsinstitutionen für Kinder, ein gutes System der Pflege für die Alten, eine egalitäre Verteilung der Einkommen und starke Gewerkschaften. Gleichzeitig gilt die schwedische Wirtschaft als wettbewerbsfähig, sie gibt viel Geld für Forschung und Entwicklung aus und zeigt einen hohen Grad an technologischer Innovation. Das umfassende Angebot an öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit sowie in der Betreuung von Kindern und Alten stößt auf große Akzeptanz in der Bevölkerung. Dies äußert sich auch in der Bereitschaft, hohe Steuern und Beiträge zu leisten. Die Abgabenbelastung liegt mit mehr als fünfzig Prozent des BIP um zehn Prozentpunkte höher als in Österreich. Die Schweden haben erkannt, dass ein gut ausgebautes und qualitativ hochwertiges System sozialer Dienstleistungen nur mit einem hohen Steuerniveau finanzierbar ist. Das ist politisches Allgemeingut, an dem selbst die neue konservative Regierung nicht wirklich zu rütteln wagt. In Österreich hingegen konkurrieren die Parteien noch immer mit Vorschlägen zur Senkung der Steuerlast.

Im internationalen Vergleich lässt sich allerdings auch aus Fällen lernen, die weniger gut gelaufen sind. In Deutschland misslingt seit Jahren der Versuch, durch Entlastungen der Unternehmen, Kürzungen im Sozialstaat und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes aus der Wirtschaftskrise zu finden.

So kann man zwar jedes Jahr Exportweltmeister werden, doch beim Wachstum von Einkommen und Beschäftigung und bei der Zufriedenheit der Bürger belegt man regelmäßig das Ende der Rangliste. Dies ist zu einem erheblichen Teil noch immer eine Folge der eklatanten Fehlentscheidungen im Zuge der deutschen Vereinigung im Jahr 1990, liegt aber auch wesentlich daran, dass das laufende Bemühen um die Senkung der Kosten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit seine Kehrseite in Form rückläufiger Einkommen, wachsender Verunsicherung und zunehmenden Angstsparens offenbart. Warum kommt Deutschland nicht und nicht aus der Flaute? Entscheidend für die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik ist es, welche Rolle man dem Staat zumisst. Soll er im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung aktiv in die Ausbildung der Kinder, die Gleichstellung der Frauen, die Qualifizierung von Arbeitslosen und Migranten und die Versorgung von Kranken und Alten investieren? Oder sollen im Interesse der Unternehmen und Vermögensbesitzer der Staatseinfluss zurück gedrängt und die Steuern gesenkt werden? In der Wirtschaft gibt es sicherlich keine einfachen Patentlösungen. Die Wirtschaftspolitik verfügt jedoch über Alternativen.



Markus Marterbauer

Wem gehört der Wohlstand?
Perspektiven für eine neue
österreichische Wirtschaftspolitik

Verlag Paul Zsolnay, Wien 2007

STREIK IN UNGARN

Auch die deutschen ArbeitnehmerInnen, vor allem jene des öffentlichen Dienstes, haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie bereit sind für ihre Rechte auf die Strasse zu gehen. Neu ist dies hingegen in Ländern wie zum Beispiel Ungarn.

Nach dem Zusammenbruch des politischen Systems Ende der 80iger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, hat sich in den meisten Ländern eine Art „Raubtier-Kapitalismus“ breit gemacht, bei dem die Menschen mehr und mehr auf der Strecke blieben. Wenige wurden steinreich, viele rutschten in bittere Armut. Durch den EU-Beitritt und die damit verbundenen Wirtschaftsförderungen, gelang es so etwas wie eine Mittelschicht zu entwickeln.

Der immer stärker agierende Liberalismus zerstört die entstandenen Strukturen aber wieder. Öffentliches Eigentum wird verschandelt, staatliche Aufgaben hin zu privaten Unternehmen verlagert. Die sozialen Einrichtungen und Leistungen werden massiv gekürzt. Betroffen davon: ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, Jugend und Familie und natürlich auch die Pensionisten.

Diese sozialpolitische Entwicklung wollten die ungarischen KollegInnen nicht mehr widerspruchslos hinnehmen. Ein landesweiter Streik war die logische Konsequenz gewerkschaftlichen Handelns.

Diesen Anlass wollten wir aufgreifen und uns bei den ungarischen KollegInnen Informationen aus erster Hand besorgen. György Balla, Vizepräsident für internationale Angelegenheiten im

Dass Italiener und Franzosen Streik als Mittel des Arbeitskampfes beherrschen, wussten wir schon lange.

Von Anton Hedenig.

„Verband Freie Gewerkschaften der Eisenbahner“, nahm sich die Zeit, um sich mit mir in Sopron zu einem Informationsaustausch zu treffen.

Hier der Bericht: Im Gegensatz zu Österreich, wo es ein gemeinsames Dach der Gewerkschaften gibt, den ÖGB, gibt es in Ungarn sechs Konföderationen. Logisch, dass jede dieser Organisationen ihre eigenen Interessen verfolgt. Und auch so wie in Österreich, gibt es auch in Ungarn Gewerkschaften, die sich zu politischen Parteien bekennen und deren Politik auf die Gewerkschaftsarbeit inhaltlich einwirkt. Hervorzuheben ist hier die MSZOSZ, die der sozialistischen Partei zuzurechnen ist. Und diese Partei stellt ja bekanntlich den Regierungschef.

In den österreichischen Medien wurde als Streikgrund die Forderung nach höheren Löhnen kolportiert. Laut Kollegen Balla gab es aber ganz andere Gründe, die diesen Streik auslösten.

So beabsichtigt die Ungarische Regierung die Pensionsversicherungsgesetze massiv zu verschlechtern. Ab 1. Jänner 2008 sollen alle ab diesem Zeitpunkt in den Ruhestand Tretenden, 8,5 Prozent weniger Pension bekommen. Wenn man aber weiß, dass in Ungarn die Pensionen sowieso schon sehr niedrig sind, dann ist dieser Abschlag natürlich nicht hinnehmbar.

Ein weiterer Grund für die Proteste ist der geplante Umbau der Krankenversicherung. Das derzeitige System soll zerschlagen und zum Teil privatisiert werden. Die ungarischen Gewerkschaften befürchten, dass es dadurch zu einem Mehr-Klassen System kommen wird. Die freie Arztwahl, die Inanspruchnahme medizinischer Leistungen gehört dann der Vergangenheit an.

Und last but not least, ging es auch darum, die Schließung von 38 Nebenbahnen zu verhindern und der ungarischen Öffentlichkeit bewusst zu machen, welche Auswirkungen eine solche Verkehrspolitik haben wird (leider ist uns in Österreich eine solche Politik nicht unbekannt). Erstaunlich, dass Politiker nicht davor gefeit sind, immer wieder dieselben Fehler zu machen und nichts aus den Fehlern anderer zu lernen.

Diesem Streik schlossen sich neben den EisenbahnerInnen auch das medizinische Personal, Beschäftigte von Elektrizitätswerken, der Chemieindustrie und Bus-Lenker an.

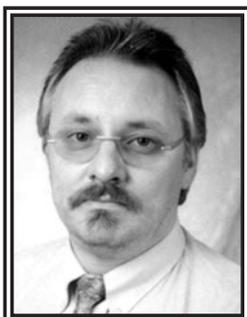
Leider haben die Lokführer, diese sind großteils im „Autonomen Gewerkschaftsbund“ organisiert, an dieser Streikaktion nicht teilgenommen.

Auf der Abschlusskundgebung vor dem Budapester Parlament nahmen zirka 10.000 Demonstranten teil. Aus Sicht der ungarischen Gewerkschaften ein großer Erfolg, da der Organisationsgrad in den Gewerkschaften leider nicht allzu groß ist.

Mit ein Grund ist sicher auch, dass es eben keinen einheitlichen Gewerkschaftsbund gibt. Hier hat auch der Europäische Gewerkschaftsbund (Anm. der Redaktion: Das ist jene Organisation, wo ein gewisser Fritz Verzetnitsch einmal Präsident war) einen schweren Fehler gemacht. Dadurch, dass er alle 6 Verbände in den Europäischen Gewerkschaftsbund aufgenommen hat, hat er den Funktionären dieser Verbände keinen Anlass gegeben, sich auf einen Dachverband zu einigen.

Abschließend: Die ungarischen Kollegen sehen sich vor großen Herausforderungen. Der Neoliberale Wind bläst ihnen ordentlich ins Gesicht. Solidarisches Verhalten auf europäischer Ebene (also von uns allen) ist das Gebot der Stunde.

Egal ob in Deutschland, Frankreich oder Ungarn, die Politik ähnelt sich in allen europäischen Ländern. Der Europäische Gewerkschaftsbund ist aufgefordert endlich aus seiner Lethargie zu erwachen.



ANTON HEDENIG
IST BUNDESSPRECHER
DER UG-VIDA.

18. November 2007, Halbzeit. Vor drei Wochen hat mein Praktikum bei der Gewerkschaft SEIU (Service Employees International Union) begonnen. Seit Tagen denke ich darüber nach, wie ich am besten beschreiben soll, was ich teilweise selbst noch nicht so richtig einordnen kann. *Von Sandra Stern.*

NEWS AUS WASHINGTON DC

Die ersten zwei Wochen meines Praktikums habe ich alles, was ich erlebte, mit meinen bisherigen Erfahrungen mit Gewerkschaftsarbeit verglichen. Ich denke, daß ist zwar nahe liegend, aber nicht immer zielführend. Denn einiges lässt sich schlichtweg gar nicht oder nur sehr schwer vergleichen. Außerdem ist es gar nicht so einfach, die eigenen, oft recht festgefahrenen Denkschablonen anzupassen.

Da ich mich jedoch auf etwas Neues einlassen wollte (sonst hätte ich das Praktikum wohl kaum begonnen), weiss ich, dass mit der Zeit und den Erfahrungen, die ich mache, auch mein Verständnis größer werden wird. Wenn ich Verständnis sage, dann meine ich ein Verständnis für den Gesamtkontext, in dem Gewerkschaftsarbeit hier, in den USA, stattfindet.

Aber bevor ich zu sehr in unverständliches Geschwafel abdrifte, werde ich einfach beschreiben, wo ich arbeite, was die Leute dort so machen und was mich in den letzten Wochen am meis-

ten beeindruckt hat. Schließlich schreibe ich meine Diplomarbeit ja zu einem verwandten Thema, da kann ich dann noch genug schwafeln ;-)

WAS HEISST GEWERKSCHAFT?

Zuvor noch ein kleiner Exkurs: Was heißt Gewerkschaft in den USA? Wann gibt es eine Gewerkschaft? Kurze Antwort: Die Beschäftigten in einem Unternehmen müssen dafür stimmen, dass sie eine Gewerkschaft wollen. Es finden Wahlen statt, die vom NLRB (National Labor Relation Board) offiziell anerkannt werden müssen. Sobald mehr als die Hälfte der Beschäftigten dafür stimmt, ist die Gewerkschaft im Betrieb verankert.

Das heißt aber nicht automatisch, dass Unternehmen dann auch bereit sind, Verträge über Löhne, Arbeitszeiten, Gesundheitsleistungen – sofern vorhanden – und sonstige Arbeitsbedingungen mit der Gewerkschaft abzuschließen. Die Gewerkschaft muss,

nachdem sie anerkannt ist, weiter um Verträge kämpfen. Diese Verträge sind mit Betriebsvereinbarungen in Österreich nur teilweise vergleichbar. Denn ein Vertrag gilt meistens nur für ein bis drei Jahre und wird von der Gewerkschaft und nicht wie in Österreich vom Betriebsrat – sofern es einen gibt – verhandelt. Betriebsräte, wie

wir sie in Österreich kennen, gibt es hier – soweit ich bisher weiß – nicht. Ebenso wenig wie Kollektivverträge, die landesweite Gültigkeit haben. Mit jedem Unternehmen muss daher extra verhandelt werden. Klarerweise gibt es auch Unternehmen, die gemeinsam verhandeln und sich gemeinsam von einem Anwalt vertreten lassen, aber diese Zusammenschlüsse sind mit der österreichischen Wirtschaftskammer nicht vergleichbar. Denn Pflichtmitgliedschaft von Unternehmen in einer Vereinigung oder Kammer gibt es keine.

Ein großer Unterschied zwischen den USA und Österreich ist, meiner Ansicht nach, dass Gewerkschaften die Unternehmen hier so lange unter Druck setzen müssen, bis sie überhaupt einmal als Gewerkschaft anerkannt sind und dann in einem weiteren Schritt über Lohnerhöhungen oder dergleichen verhandeln können.

Hinzu kommt, dass das Klima in vielen Unternehmen sehr gewerkschaftsfeindlich ist und klarerweise auch UnternehmerInnen darüber nachdenken, wie sie Gewerkschaften in ihren Betrieben möglichst verhindern können.

Vielleicht ist das eine der wenigen – wenn auch in Österreich nicht offen ausgesprochenen – Ähnlichkeiten. Das ist mir bereits in meinen ersten Wochen in den USA aufgefallen, als ich sehr häufig in der Library of Congress war. Dort habe ich für meine Diplomarbeit recherchiert und habe die unterschiedlichsten Publikationen gefunden:



SANDRA STERN
VORMALS IN DER GPA ZUSTÄNDIG FÜR DIE INTERESSENSGEMEINSCHAFT DER ATYPISCH BESCHÄFTIGTEN WORK@FLEX, ARBEITET DERZEIT IN WASHINGTON D.C. AN IHRER DIPLOMARBEIT ÜBER GEWERKSCHAFTLICHE STRATEGIEN IN DEN USA UND ÖSTERREICH.
[HTTP://SANDRASTERN.BLOGSPOT.COM.](http://sandrastern.blogspot.com)



vom „Employer’s Guide to Union Organizing Campaigns“ über „How Management Wins Union Organizing Campaign“ bis zu „Combating Union Organizing“.

Verschärfend kommt hinzu, dass das hiesige Arbeitsrecht keine sehr gute Basis für gewerkschaftliche Organisation ist. Im Gegenteil, die arbeitsrechtlichen Bestimmungen dämmen die Möglichkeiten für Gewerkschaften eher ein. So, und nun wieder zu mir.

KARTENSPIELE

Ich arbeite in Northern Virginia (NOVA), westlich von Washington DC. Wenn ich in der Früh in die U-Bahn einsteige, um dorthin zu kommen, dann fahre ich in Richtung Vienna. Lustig, nicht? Na ja, however. Das NOVA-Team ist, wie der Name schon sagt, für den nördlichen Teil des Bundesstaats Virginia zuständig und organisiert dort vor allem Putzfrauen und -männer (janitors) und Sicherheitskräfte (security officers). Eines der ersten Dinge, die mir im NOVA-Office aufgefallen sind, war die riesige Landkarte von Northern Virginia, die im Aufenthaltsraum an der Wand hängt. Darauf sind fünf Regionen mit Leuchtstift eingezeichnet.

Später wurde mir erklärt, dass die Recherchen vor dem Start der Organisierungskampagne im Reinigungsgewerbe ergaben, dass etwa 75 Prozent der Gebäude, die vom Personal dieser Reinigungsfirmen geputzt werden, in diesen fünf Regionen konzentriert sind. Ergo konzentriert sich das NOVA-Team zu aller erst auf diese fünf Regionen. Immer mit dem Ziel, möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, in den betreffenden Unternehmen verankert zu sein, um dort die Interessen der Beschäftigten vertreten zu können. Dabei spielen die Marktverhältnisse klarerweise eine große Rolle. Deswegen fangen sie bei den größten Unternehmen in diesen fünf Regionen an. Denn, wenn die Gewerkschaft in den größten Unterneh-

men verankert ist und Verträge abschließt, ist es bei restlichen Unternehmen leichter. Es geht natürlich auch um personelle und finanzielle Ressourcen, die gezielt eingesetzt werden müssen. Interessant ist, dass die SEIU mehr als die Hälfte ihres jährlichen Budgets für Mitgliedergewinnung ausgibt.

Interessant finde ich auch die Arbeitsteilung in der SEIU. Im NOVA-Team beispielsweise gibt es vier Organizer, drei Researcher, derzeit an die acht Brigadiers und eine Kampagnenkoordinatorin. Organizers haben die Aufgabe, in direktem Kontakt mit den Beschäftigten zu sein, sie einerseits für die Gewerkschaft zu gewinnen, andererseits bei konkreten Problemen im Betrieb zu unterstützen. Brigadiers sind Beschäftigte, welche die SEIU für ein paar Stunden in der Woche bezahlt, um für eine gewisse Zeit in einer bestimmten Kampagne mitzuarbeiten und ihre persönlichen Erfahrungen und Kontakte einzubringen. Researcher recherchieren systematisch alle relevanten Hintergrundinformationen über jene Unternehmen, welche die Gewerkschaft bekämpft.

Sie erstellen Unternehmens- und Marktprofile, um genauestens über diese Unternehmen, deren Verbindungen, Konkurrenzbeziehungen, und last but not least über deren Profite Bescheid zu wissen. Diese Informationen liegen dann jedoch nicht einfach in einer immer älter werdenden Datenbank herum, sondern werden laufend aktualisiert und stellen zusammen mit den Erfahrungen der Organizer und Brigadiers die Grundlage für die jeweils verfolgte Strategie des Teams dar.

MIXED PICKETS

Was mich in den letzten Wochen am meisten beeindruckt hat? Ich bin mit Putzfrauen und -männern in so genannten picket lines, was der Duden mit der sperrigen Bezeichnung „Streikpostenkette“ übersetzt, vor ihrem Unternehmen marschiert und habe mit ih-

nen Lärm gemacht. No justice – no peace! Ich bin zwei Tage hintereinander um fünf Uhr früh aufgestanden – das, was diese Beschäftigten jeden Tag machen – und habe sie in ihrem Streik gegen drei Unternehmen unterstützt. ABM eschucha – estamos en la lucha!

Vorletzte Woche bin ich gemeinsam mit dem NOVA-Team vor den Wahlen zum State Senate in Virginia von Haus zu Haus gegangen, um die Menschen daran zu erinnern, (für die Demokraten) wählen zu gehen. Die Demokraten haben übrigens einige Sitze im State Senate in Virginia dazu gewonnen.

Bei der ganzen Wahlwerbung, die ich persönlich sehr lustig fand, fand ich jedoch interessant, dass die SEIU nicht einfach eine Partei unterstützt, weil sie sie immer schon unterstützt hat, sondern sie unterstützen bestimmte KandidatInnen, die im Gegenzug dann gemeinsam mit der SEIU für gemeinsame Anliegen, wie beispielsweise die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von illegalen EinwandererInnen kämpfen.

Es gibt einen Mitarbeiter im NOVA-Team, der für den Kontakt zu PolitikerInnen und sonstigen EntscheidungsträgerInnen auf politischer Ebene zuständig ist. Seine Aufgabe ist es, das restliche Team über potentielle UnterstützerInnen gewerkschaftlicher Anliegen auf dem Laufenden zu halten. Letzte Woche war ich in Baltimore bei einer Demo von etwa fünfhundert Putzfrauen und -männern. Mir kam vor, die Innenstadt Baltimore hat gebebt. What do you want? Justice! When do you want it? Now! All diese Aktionen sind Teil einer Strategie, um vor dem Start der Vertragsverhandlungen mit etwa zehn verschiedenen Unternehmen, Druck zu erzeugen und sowohl die Präsenz als auch die Stärke der Gewerkschaft zu zeigen.

Ich bin selbst schon sehr gespannt, wie es mir gelingen wird, meine Überlegungen hinsichtlich gewerkschaftlicher Strategien in den USA und Österreich in die Form einer Diplomarbeit zu bringen. Da mich das Ganze sehr interessiert, mache ich mir wenig Sorgen. Und Spaß macht es mir auch. Se ve y se siente – la union esta presente!

Organización Femenina Popular – OFP

Eine der aktivsten und durch den bewaffneten internen Konflikt auch gefährdetsten Frauenorganisationen Kolumbiens sucht weltweit FreundInnen und UnterstützerInnen.

Die Organisation

Die OFP, die international wohl bekannteste Frauenorganisation Kolumbiens, entstand 1972 in der Blütezeit der Befreiungstheologie in Lateinamerika, im Rahmen der Diözese Barrancabermeja, und hat sich 1988 als Organisation selbstständig.

In dem südamerikanischen Staat herrscht seit Jahrzehnten ein bewaffneter Konflikt mit verschiedenen Akteuren: Auf der einen Seite Polizei und Militär und die von diesen aufgebauten paramilitärischen Gruppen, auf der anderen Seite die Guerilla – und dazwischen steht im Kreuzfeuer die Zivilbevölkerung und ihre Organisationen: Gewerkschaften, MenschenrechtsaktivistInnen, Vertretungen indigener Völker, Frauenorganisationen, soziale Bewegungen.

In Barrancabermeja, dem Zentrum der kolumbianischen Erdölindustrie, haben seit einigen Jahren die rechtsextremen paramilitärischen Gruppen die Kontrolle über die Stadt errungen. Drei Mitarbeiterinnen der OFP wurden in dieser Zeit von den Paramilitärs ermordet, über 140 mit dem Tod bedroht. Sie mussten das Land verlassen oder in anderen Landesteilen untertauchen. Doch die Frauen der OFP gaben sich nicht geschlagen; sie haben ihre Präsenz sogar noch auf andere Regionen Kolumbiens ausgedehnt.

„Die Paramilitärs haben unsere Mitarbeiterinnen umgebracht, bedroht, vertrieben“, erzählt die Soziologin Yolanda Becerra, seit knapp zwei Jahrzehnten die Leiterin der Organisation, „aber eines haben sie nicht geschafft: die Hoffnung zu töten.“

Die Frauenbewegung ist in Kolumbien zugleich eine Friedensbewegung. Seit einigen Jahren baut die OFP zusammen mit dem Frauennetzwerk „Ruta Pacífica“ (Friedlicher Weg) eine landesweite „Soziale Bewegung von Frauen gegen den Krieg auf“.

Die Kampagne

Die OFP startete kürzlich eine nationale und internationale Solidaritätskampagne unter dem Namen „Eine Million Freundinnen und Freunde“ – eine Bezeichnung, die zugleich Ziel und Programm ist. Weltweit werden FreundInnen und UnterstützerInnen gesucht, die mit dem Unterzeichnen einer Unterstützungserklärung ihre Solidarität und ihre Wertschätzung für die Arbeit dieser kolumbianischen Frauenorganisation ausdrücken.

Eine massive internationale Solidarität bedeutet für die OFP nicht nur eine wichtige moralische Unterstützung, sondern sie verstärkt auch ihre Position gegenüber der rechtsautoritären Regierung von Präsident Uribe Vélez, für die die systemkritische Haltung der OFP ein rotes Tuch ist. „Wir sind

eine Bürgerbewegung von Frauen der Basis, die für eine Veränderung der Strukturen dieser Gesellschaft eintreten“, umreißt Yolanda Becerra das Ziel der Organisation. Je mehr internationale Unterstützung und Aufmerksamkeit diese Frauenorganisation genießt, umso geschützter ist sie gegen Repressalien seitens der Regierung und der Paramilitärs.

Die Kampagne „Eine Million Freundinnen und Freunde“ ist auf drei Jahre angelegt. In Österreich wird sie von der Katholischen Frauenbewegung und dem Verein Frauensolidarität – die beide die OFP schon lange unterstützen – sowie der Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA) getragen.

Der Aufruf „Eine Million Freundinnen und Freunde“

Wir von der Frauenorganisation „Organización Femenina Popular“ glauben, dass ein würdiges Leben möglich ist, auch wenn wir im Elend leben.

Wir glauben an den Frieden, auch wenn wir seit mehr als fünfzig Jahren inmitten eines bewaffneten Konflikts leben.

Wir glauben an die Gleichheit und das Glück unter Frauen, auch wenn der Machismo immer noch die herrschende Kultur ist.

Die solidarische Umarmung, die uns Tausende von Frauen und Männern selbstlos darbringen, ist für uns die Nahrung, um in unserem Kampf für ein würdiges Leben fortzufahren, um das von Krieg und Korruption zerrissene soziale Netz neu zu knüpfen, um Widerstand zu leisten zugunsten des Lebens, um die völlige Respektierung der Menschenrechte und einen dauerhaften Frieden zu erreichen.

Unsere Kampagne „Eine Million Freundinnen und Freunde“ ist eine der zahlreichen Strategien, die wir entworfen haben, um Freiheiten wie die soziale Organisation, die Anprangerung von Unrecht, die Verteidigung der integralen Menschenrechte der Frauen möglich zu machen.

Ohne unsere Autonomie aufzugeben, rufen wir Frauen und Männer in der ganzen Welt auf, einen symbolischen und einen materiellen Beitrag zu leisten zur Umsetzung der politischen Aktionen der Frauen für das Leben, gegen den Krieg und die Militarisierung des zivilen Lebens, für eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts, für den Aufbau des Friedens und die Stärkung unseres sozialen Rechtsstaates.

Unter vielen Menschen auf der ganzen Welt haben uns auch die österreichischen Frauen viele Jahre hindurch auf unserem Weg begleitet und unterstützt. Mit ihrer Hilfe haben wir kräftige Grundpfeiler aufbauen können, die es uns heute, 35 Jahre später, erlauben, trotz des Autoritarismus, der sich im institutionellen Gefüge unseres Landes eingestrichelt hat, erhobenen Kopfes unseren Weg weiterzugehen.

Wir Frauen in der Stadt Barrancabermeja, im Magdalena Medio, in Kolumbien wollen unseren organisatorischen und politischen Prozess für die Verteidigung des Lebens, der Würde und die volle Respektierung der Menschenrechte der Frauen fortsetzen.

Wir danken für Euren Beitrag – er ist für unsere Arbeit von grundlegender Bedeutung.

Homepage der OFP: www.ofp.org.co

